

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



öS 10,-/dm 1,50/sfr 1,50
nr. 58
jänner 80
jahrgang 7

KPÖ-Ausschlüsse einst und jetzt

Zu diesem Heft

Das neue – vor letzte – Jahrzehnt dieses Jahrhunderts und Jahrtausends wurde von allen “kompetenten Seiten” mit düsteren Prognosen und Warnungen begrüßt. Die Fakten sprechen für sich: der Einmarsch der SU in Afghanistan, die Entwicklung im Iran, das weiter andauernde Völkermorden in Südostasien, das eiskalt gewordene Klima zwischen den Supermächten mit der drohenden Weltenergiekrise am Horizont sind Zeichen, die auf Sturm deuten.

Stürmisch war auch das vergangene Jahrzehnt. Für die Linke hat sie wenig Gutes gebracht. Wir stehen heute auf einem Trümmerhaufen unserer Projekte und Hoffnungen. Sind die Grünen

und Alternativen die Antwort auf die große Krise oder selbst ein Reflex davon?

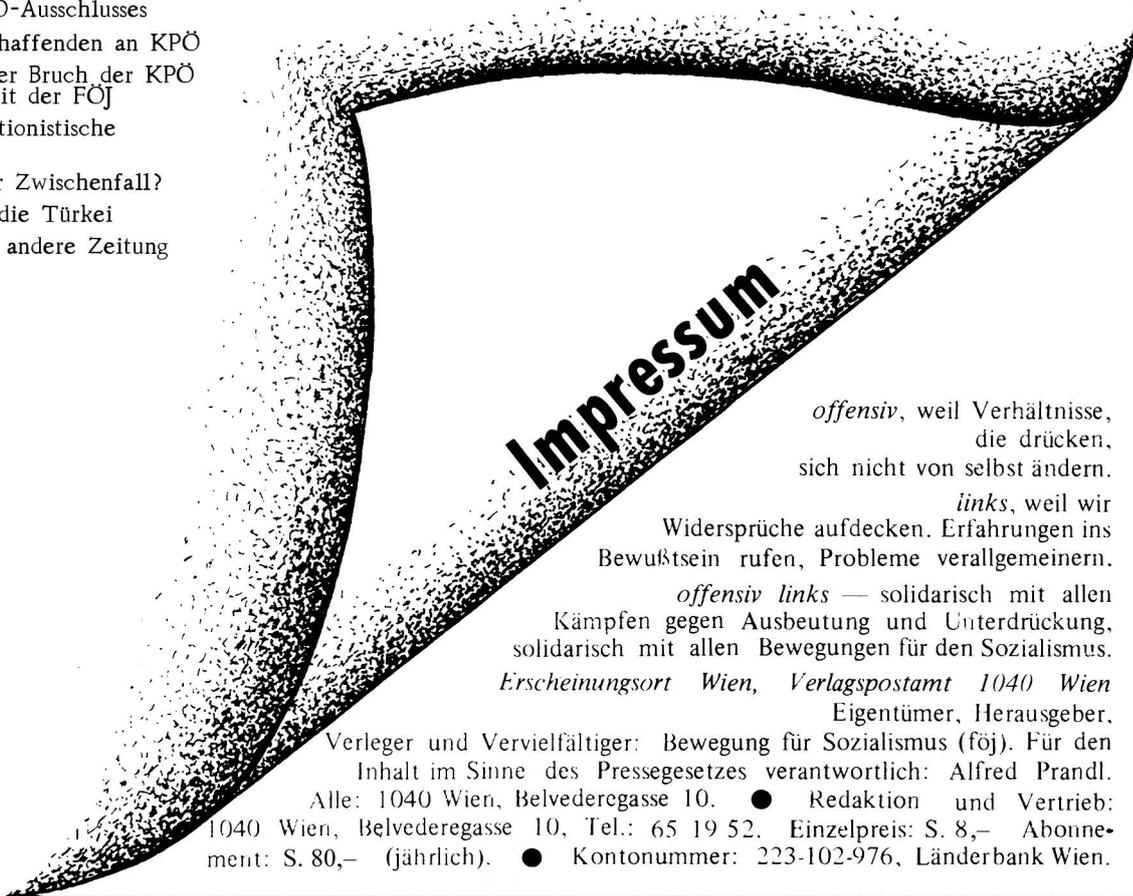
Neben diesen Punkten bilden die abgedruckten Dokumente rund um den Parteiausschluß R. Farkas’ den Schwerpunkt dieser Nummer mitsamt der Chronik der aktuellen Ereignisse vor zehn Jahren: damals wurde die FÖJ von der Partei “gekündigt.”

“betrifft: rechtsstaat.” und “alltägliche Geschichten” sind dem Jahreswechsel zum Opfer gefallen. Wenn die OL wieder erscheint, sind sie auch wieder da.

Die Redaktion

Inhalt

- 3 1970-1980: Strategien des Scheiterns
- 6 Randbemerkungen zur Informationsexplosion II
- 8 Chronik eines KPÖ-Ausschlusses
- 13 Brief von Kulturschaffenden an KPÖ
- 15 Dokumentation: Der Bruch der KPÖ mit der FÖJ
- 19 Hoch die interventionistische Solidarität?
- 23 Zwischenwahl oder Zwischenfall?
- 25 Nachdenken über die Türkei
- 28 Leserbrief an eine andere Zeitung



Impressum

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links — solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.

Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S. 8,- Abonnement: S. 80,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Strategien des Scheiterns

Es ist kaum zu glauben: die Generation der 68er, der Neuen Linken der antiautoritären und Studentenbewegung ist Legende, (manchmal noch persönlich erzählte) Geschichte geworden. Einerlei, ob ihre Träger noch leben oder politisch schon lange gestorben sind: diese kurze, intensive Periode streitbarer, im Zeichen provokativer Formen und radikaler Inhalte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und des politischen Engagements stehender weltweiter Jugendrevolte ist schon einige Schichten tief unten in historischer Erde begraben. Wenn man nicht fortlaufenden Zusammenhänge (Kontinuität) um jeden Preis herstellen und in allem und jedem sich gleichende Bilder (Identität) entdecken will, kann man nicht umhin, nach diesen zehn Jahren einen tiefen Bruch, um nicht zu sagen Regreß (Rückschritt/Rückzug) hinter die damals gezogenen Grenzen der philosophischen, gesellschaftsanalytischen, politischen Erkenntnisse und Interessen zu konstatieren.

Alles neu macht der Mai – und rot!

Viele von uns gehörten dazu, sind Produkt dieser Bewegung, die jugendlich und fast ausschließlich rot, aber nach ihren inneren Motiven und Prägungen mindestens so bunt war wie die „Grünen“ heute. Manche von uns waren damals schon *kritische* Begleiter oder Mitläufer. Vor allem, was die antiautoritären Ansprüche betrifft, die am lautesten, unduldsamsten und auch mit den Mitteln der Einschüchterung von den „Führern“ vertreten wurden – und man sah seither keine so theatralisch-echten Führer in den verschiedensten Variationen: von Danton, Babeuf, Robespierre, Che Guevarra, Castro, Rosa Luxemburg, Trotzki, Lenin bis Mao war jeder vertreten. (Nur Stalin fehlte damals noch durchgehend in den Rollenbesetzungen). Antiautoritär war man vor allem gegen Ältere, gegen alles, was Erfahrung hatte, Rang und Namen besaß, der nicht im Namen des Volkes, des kämpfenden Proletariats, des antifaschistischen und antiimperialistischen Kampfes verliehen wurde von der einzigen anerkannten Instanz: der Revolution.

Reformen (Sumpf), Sozialdemokratie (Verrat), bürgerliche Demokratie (repressive Toleranz) waren indiskutabel, wurden bei bloßem Verdacht als Positionen niedergeschrien. Der Ostermarsch, (Alte und Neue) Linke, KPöler, SPöler, Gewerkschafter, Liberale, Christen vereinigend, wurde „umfunktioniert“: hüpfend, laufend, sitzend, Ho-Ho-Ho-Tschiminh rufend, formal dynamisch,

militant, inhaltlich konfus: „Schafft zwei, drei, viele Vietnams“ (Che Guevarra), als ob dies möglich oder gar – vom Standpunkt des Subjekts der Revolution des Volkes – unbedingt wünschenswert gewesen wäre. Solches in Frage zu stellen war *undenkbar*. (Es war meistens Mai, die Bäume schlugen aus, die Natur streckte sich in uns und um uns gewaltig, alles war in Aufbruch begriffen. Lauter Klischees, die damals stimmten.)

Innerhalb kurzer Zeit waren in ganz Westeuropa und Nordamerika (Erste Welt, Metropole) große Teile der studierenden, aber auch der kritischen Arbeiterjugend politisiert, stand sie links, ganz links, ultralinks. Viele von ihnen, beinahe alle, die „führend“ waren, bekannten sich zu irgendeiner Form der revolutionären Arbeitertradition, des Marxismus, voll und ganz zum historischen Materialismus als Denkmethode. Und verfuhr nach der Dialektik, bestimmte so die richtige gesellschaftliche Praxis. Sah die (revolutionäre) Perspektive gegen Unterentwicklung und Rückständigkeit im Fortschritt, der objektiv in der wissenschaftlich-technischen Revolution, subjektiv in seiner nicht-kapitalistischen, kollektiven Anwendung definiert wurde.

Von der Aktion zur Doktrin, von der Bewegung zur „Partei“

Die Früchte des Mai waren reichhaltig und vielfältig, aber auch verwildert und sauer. Es wurde bald sortiert und gewogen. Ein großer politischer Markt entstand.

Nach den ersten internen Differenzierungsprozessen über Fragen der zukünftigen Strategie im Lichte der Erfahrungen der Arbeiterbewegung, räumten als bald einen Teil der „reifer“ gewordenen jungen Genossen die traditionellen Arbeiterparteien, SP und KP, ab. Unter den Verbliebenen verlief der Streit meist entlang der (durch die Lektüre) nachvollzogenen Auseinandersetzung mit der 2. Internationale (Komintern). Die Anti-Revisionisten und die Vertreter der Permanenten Revolution fanden ihre historischen Vorbilder, programmatische Orientierung und aktuellen Verbündeten in zwei gar nicht so diametral entgegengesetzten Strömungen der marxistischen und leninistischen (stalinistischen) Orthodoxie: im Trotzkiismus und Maoismus. Jene, die gestern noch des lockeren Auftretens, der wissenschaftlich-adaptiven (an die gegenwärtigen Gegebenheiten angepaßten) Diskussion- und Argumentationsweise, des phantasievoll-spontanen Aktionismus nicht genug tun konnten (und damit tatsächlich den althergebrachten Rahmen der Institutionen – Universität, Staatsapparat, Polizei – durcheinanderwirbelten), änderten ihre Haltung oft um 180 Grad.

Die harte Knochenarbeit des „Partei-Aufbaus“ begann. Die „Aufbauorganisationen“ nahmen Strukturen an, die dieses hehre Ziel (aus der Zeit der 20er und 30er Jahre) als Modell bis in alle Einzelheiten in miniature vorwegnahm: straffe Führung, Kaderbildung, organisatorischer Fetischismus, ideologische Standpunktvermittlung von oben nach unten, wo nicht phraseologisch, dort eben plakativ, schlagwortartig. Das galt als „kämpferisch“. Der (Klassenkampf tobte oft genug zwischen den einzelnen gegnerischen Avantgardeorganisationen, und das nicht nur in den theoretischen und Zentralorganen, in den tonnenweis verteilten Flugblättern und in den Wandparolen, bei den „Teach-ins“ zu jedem Anlaß: er wurde handfest und hautnah bei den diversen miteinander und gegeneinander organisierten Demonstrationen und Kundgebungen um die richtige Linie ausgetragen.

Wer diesen politischen Stil ablehnte, zog sich aus der „Politik“ entweder zurück oder begab sich in einen „undogmatischen Verein“ (wie die FÖJ/BfS). Das war allerdings noch schlimmer als zu „privatisieren“. Eine solche politische

Gruppierung war für die Kadergruppen das Übel schlechthin, wurde sie als profillos, linienlos organisatorisch und politisch rückgratlos, willenlos und kraftlos, ohne programmatische Verbindlichkeit und daher theorielos, kurz und gut vollkommen nutzlos und daher wertlos abgetan und so mitunter als existenzlos, als nicht existent in der linken Welt ("aja, da gibt es doch so einen Tischtennisverein, wie heißt er doch..."). Wir waren – das soll unsere tatsächlichen Schwächen und Fehler nicht beschönigen – in der linken Linken dieser Jahre einfach *unmöglich*.

Aufstieg und Fall der Vorhüte

Die von diesen Gruppen aufgebotene organisatorische Energie war aber in vielen Bereichen tatsächlich imponierend. Allein ihre Präsenz: fast täglich auf einem Institut Flugblätter verteilend, während der Vorlesungen agitierend, eigene Versammlungen abhaltend; in der Woche einmal vor einem oder mehreren Betrieben anwesend, vor und nach der Schicht Propaganda fürs Proletariat betreibend; auf Märkten und zentralen Plätzen der Stadt regelmäßig Zeitungen und Broschüren verteilend; zu anderen, "gegnerischen" parallel laufende Solidaritätskomitees mit "Vorfeld" Charakter beschickend, kontrollierend, anführend – alles in allem keine Kleinigkeit. Und erst ihre Zahlungsmoral! Die meisten dieser Gruppen haben materiell bei 0 angefangen und hatten sehr bald ihre eigenen Lokale, organisatorische Infrastruktur, Druckereien etc. Besonders die verschiedenen, an der VR China orientierten (K-)Gruppen leisteten auf diesem Gebiet erstaunliches. (Und es gibt überhaupt keinen Anlaß außer Neid, dies nicht einzig und allein ihrer eigenen Disziplin und Opferbereitschaft zuzuschreiben).

Bezeichnenderweise hatte der Zusammenbruch dieser Strategien weniger innere denn äußere Ursachen. Die Trotzisten litten am meisten unter der traditionellen Spaltungsbereitschaft ihrer diversen, statutarisch verankerten Fraktionen, welche jede Erklärung des Vereinigten Sekretariates (der 4. Internationale) in Brüssel auf die goldene Waage der Theorie legten und in der geringsten "Abweichung" "eherne Grundsätze" aufs Spiel gesetzt sahen. Bei den K-Gruppen war ihre totale Fixierung auf die Innen- und Außenpolitik der VR-China, die zu ihrem Verhängnis wurde. Eine derartige Abhängigkeit verträgt nur geringe Schwankungen. Eine totale Kursänderung (Revision der Generallinie) wie nach dem Sturz der "Vierer-Bande" mußte zwangsläufig zu einer tiefen politischen



Krise und zum endgültigen Verlust aller Glaubwürdigkeit führen.

Etablierten-Parteien-Strategie

Als sich die Jusos in der SPD Anfang der 70er Jahre der Öffentlichkeit vorstellten, beeilte sich die damalige Parteiführung zu versichern, daß diese Jungen in der Partei mit ihren radikalen Veränderungswünschen ein ernstzunehmender Faktor seien. Einige von der ehemaligen Gründergeneration sitzen heute im Bundestag oder haben in der Partei wichtige Funktionen inne. Auf dem letzten SPD-Parteitag in West-Berlin zeigte sich – vielleicht zum letzten Mal –, daß die Juso-Strategie (einer Art Kurzfassung des "langen Marsches durch die Institutionen") genauso wenig aufgegangen ist wie die anderen Konzeptionen linker Strategie.

Die Partei hat sich zwar verändert – unter Schmidt von Mitte-links nach Mitte-rechts –, die Jusos haben nicht einmal das verhindern können, geschweige denn irgendetwas außerhalb der Partei nach links zu verändern. Heute kann sich die Parteiführung offen über die Jusos hinwegsetzen. (Der alte Kämpfer Jochen Steffen, der seinen Lebensabend in Österreich verbringt – sind wir das Land auch der Polittouristen und -rentner geworden? – demonstrierte seine Enttäuschung und Verbitterung durch einen von der außerlinken Öffentlichkeit ignorierten Parteaustritt. Die führenden Vertreter der Jusos seien nicht einmal zu einem solchen Schritt imstande, sagt Steffen jedem, der es hören will, da sie ohne Parteikarriere einfach auf dem

Pflaster liegen würden, sie hätten sonst keinen Beruf erlernt.)

In Österreich haben die Jungsozialisten nicht einmal diese eine Genugtuung, entsprechend ihren Ambitionen beamtet und begehrt zu sein. Sie sind bis auf einen schon immer braven ehemaligen VSStÖ-Obmann und heutigen Benya-Vertrauensmann im Parlament nicht vertreten und in der Partei im linken Flügel mehr "untergebracht" als etabliert. Freilich: in Österreich fällt kein noch so kleiner roter Spatz aus Kreiskys Hand. Er wärmt sie dort, was manchen auch als Würgen erscheint. Auf seinen Schultern turteln derweil alle Tauben, auf die es ihm ankommt, von halblinks bis halbrechts, von Nennung bis Blecha, von Kienzl bis Benya, von den wenigen echten liberalen "Heimatlosen" in Österreich erst gar nicht zu reden.

Die SJ tanzt einmal im Jahr aus den Reihen des 1. Mai-Aufmarsches der SPÖ und macht von Zeit zu Zeit durch ausgefallene Erklärungen und Veranstaltungen auf sich aufmerksam. Sie könnte zu einem Entscheidungsfaktor werden, wenn die Kreisky-Nachfolge demnächst aktuell werden würde. Ansonsten wird nach Abgang der derzeitigen Führung auch diese Jugendorganisation der SPÖ wahrscheinlich den Weg aller anderen gehen...

Eurokommunismus gibt moskautreuen KPn letzten Rest

Nach einem kurzen Aufschwung der moskautreuen Parteien (KPÖ und DKP z.B.), was sie nicht zuletzt ihrem Anteil an der neulinken Erbschaft verdanken, hat sich ihr Niedergang umso mehr beschleunigt. Neben ihrer numerischen

Schwäche müssen sie mit dem unlösba- ren Widerspruch leben, daß nicht nur die "modernen Revisionisten" außer- halb ihrer Reihen an ihrer jegliche Eigenständigkeit ignorierenden Politik Kritik üben, sondern daß ihre Politik durch die Praxis der anderen großen westeuropäischen KPn ständig widerlegt wird. (Siehe auch die Dokumentation rund um den Ausschluß Reinhard Far- kas in dieser Nummer).

Terrorismus: das verzweifelte Scheitern der Revolte

Auch dieser spezifische Ableger der Studentenrevolte soll hier in Kürze erwähnt werden, denn sie dokumentiert das wohl tragischste (und in gewisser Weise konsequenteste) Scheitern der 68er Generation.

Die "Stadt-Guerilla" konnte in der BRD den Herrschenden tatsächlich für einen Augenblick die demokratische Maske vom Gesicht reißen. Da- hinter kam für kurze Zeit die Fratze des starken Staates, der Repression (Berufsverbote) und der Terrorjustiz zum Vorschein. (Stammheim ist ein Teil der neuen unbewältigten Vergan- genheit der BRD geworden.)

Dort, wo die Neue Linke ihren breiten Anhang auf dem Hintergrund von gefestigten Massenorganisationen einer kampfgeschulten und zum Klassen- kampf bereiten nationalen Arbeiter- schaft rekrutieren konnte, blieb ange- sichts solcher Herausforderung auch der bürgerliche Staat intakter, wurden ihre Gewaltschleusen vom Gewicht dieser Arbeiterschaft niedergehalten. In ge- wisser Weise ließe sich von der RAF sagen, daß sie "ehrlieh" gescheitert ist, während die neuere Generation der Roten Brigaden sich heute nicht nur nach ihren Methoden, sondern nach dem provozierten Kalkül von einer Polit-Mafia kaum noch unterscheidet.

Die Grünen – Hoffnung oder Reflex unseres Scheiterns?

Seit mindestens zwei Jahren über- nimmt die Bewegung der Grünen und Alternativen jene Funktion, an der die Neue Linke und ihre Nach- folger gescheitert sind: sie ist Trä- ger neuer, die eingefleischten ge- sellschaftlichen Normen und Werte in Frage stellender, kritische Po- tentiale mobilisierender Basisbe- wegungen und Oppositionsströ- mungen nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb etablierter Institutionen und Bereiche der bürgerlichen, indu- striellen, kapitalistischen Gesellschaft. Auch wenn sich viele der versprengten oder noch intakten Teile der alten Neuen Linken an diese Bewegung

"angehängt" haben und in ihnen eine wichtige Rolle spielen: sie können ins- gesamt nicht ernsthaft für "links" reklamiert werden. Es wäre eine neuerliche Selbsttäuschung der Marxisten und Anhänger der Arbei- terbewegung, in dieser Erscheinung eine neue, abgewandelte Gestalt des "roten Maulwurfs", eine den Zeit- strömungen angemessene revolutio- näre Formation zu sehen.

Viele ihrer repräsentativsten Teile stellen in ihren Analysen und Hypo- thesen gewichtige Grundelemente des Marxismus in Frage, rütteln an dessen Fundamenten. Fortschritt, verstanden als Entfaltung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik werden in einer Totalität in Frage gestellt, die keine Relativierung nach "kapitalisti- scher" oder "sozialistischer" Variante zuläßt, zumal letztere auch nirgend schlüssig vorzuweisen ist. Nicht die Umwälzung der Produktionsverhält- nisse bietet die Perspektive aus der globalen Krise und immer bedrohli- cher werdenden Katastrophe. Solche Prozesse, soweit stattgefunden, hätten keine qualitative Änderung der Pro- duktions- und Verbrauchsstrukturen gebracht oder des Verhältnisses zwi- schen Natur und Mensch, zwischen diesem und seinesgleichen. Die De- struktivität liege nicht in der Hand- habung, sondern in der "Struktur" des ganzen Entwicklungsmodells, das läßt sich weder mit Profit noch mit kollektiver Aneignung des Mehrwerts absegnen.

Hier also der Regress, oder milder ausgedrückt, die Rückkehr hinter die vor zehn Jahren eingenommenen Po- sitionen, die Grundhaltung der Skepsis gegenüber "progressivem Optimismus", der kleinen alternativen Veränderungen

in überschaubaren Lebensräumen an Stelle des himmelstürmenden Alles oder Nichts der 60er und 70er Jahre.

Als politische Kraft formiert sich diese Bewegung als "grüne" vermischt mit Elementen bürgerlicher und kleinbürger- licher Gegen-Wertvorstellungen, wieder in jenen Ländern, wo das historische Kontinuum das Scheitern aller fälligen Revolutionen zu sein scheint. Aber auch Italien erlebt seine "blauen" und bun- ten Wunder z.B. mit der radikalen Par- tei, deren organisatorische und (anti-) programmatische Zusammensetzung von den Stadtindianern bis zu den ge- sellschaftlichen Randgruppen reicht.

Linkes, marxistisches Naserümpfen hilft da nichts, bleibt hilflose Geste des Scheiterns einer ganzen Generation und "Epoche", die mit authentischen Formen und Inhalten der revolutionä- ren Arbeiterbewegung angetreten war (von dieser allerdings "real" abge- koppelt). Bleibt die Erkenntnis und die daraus resultierende Praxis: viele der wichtigsten Inhalte und For- derungen der grünen, bunten und alternativen Bewegungen sind ver- leugnete und verstoßene "Bankerte" der Arbeiterbewegung. In den Schoß dieser großen Gemeinschaft müssen sie zurückgeführt werden, für ihre Legiti- mation und Aufnahme muß gekämpft werden! Gelingt diese verspätete Fami- lienzusammenführung nicht, werden beide Teile ein rasches und diesmal vielleicht endgültiges Scheitern nicht nur ihrer, sondern der Sache der gan- zen Menschheit erleben. Die 80er Jahre werden die Entscheidung brin- gen über die Frage: Humanismus/Sozia- lismus/Naturalismus oder Barbarei.

Zsolt Patka



Unverwandter Blick in die achtziger Jahre

Randbemerkungen zur „Informationsexplosion“

Jüngst vertrat der damalige Verbandspräsident und inzwischen Vizepräsident der Österreichischen Zeitungsherausgeber, Harald Egger, die Meinung, „daß die vom ORF geplante Einführung des Teletextsystems ein Lesemedium sei und deshalb von den Zeitungsherausgebern als ‘Bildschirmzeitung’ bezeichnet werde. Die Herausgeber müßten, so sagte er, in der Erweiterung des Rundfunkmonopols ein existenzbedrohendes Eindringen in ihren Lebensbereich sehen.“¹

Nun ja, könnte man da sagen, ein Verleger ist eben ein Unternehmer und ein guter Unternehmer versucht möglichst viel zu „erwirtschaften,“ da kann er gar nicht anders – und vielleicht wäre so ein Privatrundfunk (oder wenigstens ein Stückchen davon) wirklich ein ganz gutes Geschäft. Und warum soll ein Verleger da nicht . . . Herr Egger ist aber Direktor des „sozialistischen Verlages“.

Aha.

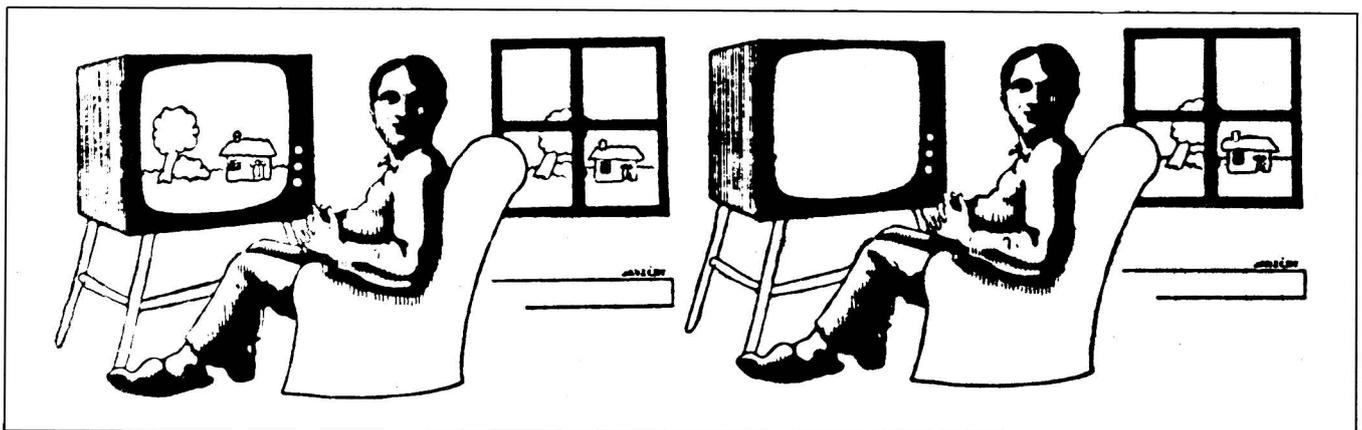
Aber noch einmal von vorne: In nächster Zeit stehen uns eine ganze Reihe sowohl quantitativer als auch qualitativer Veränderungen im Angebot elektronischer Massenkommunikation ins Haus,² die allesamt nicht unbedingt deshalb das Licht des Marktes erblickt haben, um die Informations- und Kommunikationsstrukturen zu verbessern. (Daß sie das teilweise aber sehr wohl zu leisten vermögen, liegt unter Umständen in der Tatsache begründet, daß trotz intensiver ökonomischer Forschungen noch immer keine Waren produziert werden können, die ohne Gebrauchswert auskommen.) Was sind das nun für Innovationen?

Da ist zum einen die *Verkabelung*: Seit 1977 gibt es in Wien die hundertprozentig der Gemeinde gehörende Kabel-TV-Wien, deren Tochter „Telekabel“ von ihr allerdings nur 5% Erbgut mitbekommen hat; der Rest kommt von Philips. Letzere wühlt sich in Wien sowie in SPÖ-dominierten anderen Gemeinden durch den Boden, um – vorerst wenigstens – neben den österreichischen auch ausländische Radio- und Fernsehprogramme („zeitgleich sowie dem Inhalt nach vollständig und unverändert“, so der gültige Gesetzestext) in die angeschlossenen Haushalte zu liefern. Freilich, Anschlüsse außerhalb von Ballungsräumen sind in nächster Zeit wirtschaftlich nicht tragbar; wer in der Provinz lebt, ist selbst schuld. In etlichen „schwarzen“ Gemeinden gräbt die Kabelsignal Ges.m.b.H. & Co. KG., bei der eine Treuhand die andere wäscht und die mit anderen, wirtschaftlich ebenfalls verzweigten Verlagen, Banken usw. (ein Rassehund wäre mit so einem Stammbaum auf jeder Ausstellung konkurrenzlos) in Niederösterreich eine *Kabelbetriebsgesellschaft* bildet: Denn ewig, so hofft man in interessierten Kreisen, wird die gegenwärtige Gesetzeslage nicht halten und wenn erst eigenproduzierte Programme in die Kabelanlagen eingespeist werden dürfen, fängt das Verdienen erst richtig an.

Oder etwa nicht? „Denn es geht heute nicht nur den Herausgebern, sondern auch vielen Journalisten neben der Vielfalt und Unabhängigkeit der Presse auch um die ‘Vielfalt’ des Rundfunks.“ Allerdings müssen wir uns vor italienischen Zuständen hüten!“³ – Also ein Ja zur Freiheit, aber nicht etwa so, daß da jeder kommen könnte. (Wobei klarzustellen ist:

Jede Form öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks ist der privaten Variante, selbst wenn diese Artikulationschancen für einzelne, nicht gewinnorientierte Gruppen bieten sollte, vorzuziehen. Im harten Konkurrenzkampf, das beweisen die „italienischen Zustände“ überleben nur die kapitalstarken Sender.)

„Mit dabei“ zu sein, haben die Verleger bei der mit dem letzten Jännerdrittel dieses Jahres beginnenden „Teletext“-Ausstrahlung bereits geschafft. – Teletext ist die Aussendung von (relativ wenig: nämlich maximal 100 Einheiten zu 24 Zeilen a 40 Zeichen) Textsignalen parallel zum regulären Fernsehprogramm in der sogenannten „Austastlücke.“ Mit einem Zusatzgerät zum Farbfernsehapparat neueren Erzeugungsdatums (ältere Geräte bitte gleich wegwerfen, denkt an die Arbeitsplatzsicherung!) lassen sich diese zusätzlichen Rundfunkinformationen abrufen. Daß die über den Äther verbreiteten „Teletexte“ vom Bildschirm abzulesen sind, veranlaßte Österreichs Verleger – wie z.B. auch in der BRD – von *Bildschirmzeitung* zu sprechen und für sich zu reklamieren (was etwa so logisch ist, wie eine Illustrierte, die ja zum größten Teil aus Bildern besteht, als Fernsehen zu bezeichnen). Nach anfänglicher Weigerung hat der ORF nun dem von Drohgebärden begleiteten Liebeswerben der Verleger nachgegeben und einen „Kompromiß“ geschlossen, der in Wahrheit ein Präjudiz ist. Ein Drittel der vom ORF gesendeten Teletext-Information wird vom Zeitungsherausgeberverband gestaltet werden dürfen. Der ORF beschränkt sich in seinem Bereich auf



programmbegleitende Informationen und sendet über Teletext keine allgemeinen Nachrichten.

Mitte dieses Jahres wird ein weiteres Medium, *Bildschirmtext*, im Wiener Arsenal von der Post erprobt werden. Hierbei können durch Verbund des Fernsehapparates mit dem Telefonnetz durch Zusatzgeräte Datenspeicher angewählt und so theoretisch beliebig viele Textinformationen abgerufen werden. Welche Informationen das in der Praxis sein werden, hängt von den Informationsanbietern ab – die Post wird ziemlich sicher nur die technischen Einrichtungen betreuen. In einer "populär" aufbereiteten Werbebroschüre der Deutschen Post – dort laufen erste Bildschirmtextversuche bereits – liest man, "Was Familie Fröhlich mit Fernsehapparat und Telefon alles machen kann": "Opa Fröhlich hat über 'Bildschirmtext' ein Geschenk für Karlchen ausgesucht. Er kann auch gleich bestellen: Knopfdruck genügt." – Das zu Opachen und Karlchen gehörende Bild zeigt ein Angebot des "Quelle"-Versandhauses.

Ein Überblick über den gegenwärtigen Informationsanbietermarkt in der BRD (Stand: Sommer 1979) zeigt eine Beteiligung von 30% von verschiedenen Verlagen, 16% Fremdenverkehrsbranche sowie je 13% Banken/Versicherungen und diverse Produktanbieter. Um das System technisch einsatzfähig zu machen, muß freilich die öffentliche Hand noch tief in die Tasche greifen: Da ein Datenabruf über Telefonleitung natürlich auch Telefongebühren kostet, andererseits aber nicht in jeder größeren Stadt ein Computer mit allen verfügbaren Bildschirmtextinformationen aufgestellt werden kann, müssen wenigstens die Landeshauptstädte mit Datendirektleitungen verbunden werden, da kaum sehr viele Private z.B. aus Bregenz bereit sein dürften, für einen 'Blick' in den Wiener Zentralrechner Ferngebühren zu bezahlen.

Als jüngst auf einer Informationsveranstaltung ein Professor der Wiener Technischen Universität arglos fragte, weshalb man nicht zuerst einmal die bestehenden Landstelefonzentralen durch Direktleitungen verbinde und so die Fernsprechgebühren zwischen den Bundesländern senke, antwortete ein Vertreter der Elektronikbranche ehrlich: "Weil wir halt auch ein bisschen was verdienen wollen, nicht?"

Roman Hummel

¹ Information und Meinung, Nr. 1/1980, S. 9.

² Vgl. offensiv links, Dezember 1979, S. 5 f.

³ Hans Ströbitzer (Chefredakteur der Niederösterreichischen Nachrichten) in: Information und Meinung, Nr. 1/1980, S. 1.

das much-buch

"das much-buch" = eigentlich 4 Bücher



An die
AKS Wien
Taubergasse 15
1170 Wien

Ich bestelle

.... Exemplar(e) „das much buch“ à S 75,-

Name:

Adresse:

Unterschrift:



Chronik eines KPÖ-Ausschlusses

Referat von Reinhard Farkas über seinen Ausschuß aus der KPÖ und dessen Hintergründe (gehalten am 14.12.1979 im Club Links in Wien)

Freitag, 14. September 1979 um 19.30 im Bregenzer Gösserbräu:

Veranstaltung mit Leopold Spira "Perspektiven der Österreichischen Linken", Vorbereitung mit jungen Genossen der SPÖ Vorarlberg.

Faszination, Information über Neues, in vielem Bestätigung der bisherigen Erfahrungen in Vorarlberg. Bedeutung für die gesamte Linke im Ländle. Berührungsgängste überwunden, Erfahrungsaustausch, selbstkritische Besinnung.

Wenige Tage vorher im Zug einer Wahlversammlung in Bregenz: *Erklärung für weltanschauliche und politische Vielfalt, Kritik der mit 1. August in Kraft getretenen DDR-Strafgesetze* (Übersetzung eines Unita-Artikels, den ein Genosse aus Italien mitgenommen hat, da nichts über die Haltung der KPI in der Volksstimme steht).

Am 22/23. September: *Fahrt zur KPI/PCI nach Südtirol und Trento*, Meinungsaustausch über den Dritten Weg, Einschätzung des "realen Sozialismus" – gegen den Willen des ZK der KPÖ gefahren. In der Begründung der Ablehnung eines von uns eingebrachten Subventionierungsantrages heißt es "Delegationen dieser Art" würden nicht unterstützt.

Diese drei Delikte standen auf einer Kommissionssitzung am 1. 10. in Wien zur Debatte, zu der mich, im Auftrag einer ZK-Tagung, an der ich nicht teilnehmen konnte, die Genossen Wimmer, Kalt, Wachs und Reiter erwarteten.

Auf dieser Sitzung erklärte ich die Notwendigkeit der Kontakte mit den eurokommunistischen Parteien und erwiderte auf den Vorwurf, ich handle mit meiner Erklärung zur DDR gegen die Parteilinie, ob es etwa legitim sei, wie Genosse Wimmer die KPI in "Weg und Ziel" undifferenziert zu attackieren. Ich verlangte eine Diskussion in "Weg und Ziel" über Eurokommunismus, auch an Hand der Vorarlberger Erfahrungen. Dies wurde abgelehnt.

Ich informierte über die positiven Auswirkungen der Spira-Veranstaltung. Der Versuch, mich zum Abschwören zu bringen, scheiterte. Worauf mir Ernst Wimmer noch einige "Tips" gab, was wir unbedingt im Landtagswahlkampf noch bringen sollten, darunter die unmöglichsten Dinge. "Die KPI will den Eurokommunismus über die Vorarlberger Landesorganisation in die KPÖ einschleusen."

Am 10. 10. erklärte ich als Spitzenkandidat zu den Landtagswahlen in einem Massenflugblatt, das in einer Auflage von 30.000 verteilt wurde, *meine Verurteilung der Ausbürgerung Pavel Kohouts, die Notwendigkeit, gegen Unrecht in Ost und West aufzutreten*

und gab ein Bekenntnis zum Pluralismus ab.

Mittlerweile waren verschiedene Stellen auf diese Position aufmerksam geworden, darunter der ORF, der am 6. 11. eine Sendung mit dem Titel "Eurokommunismus im Ländle" ausstrahlte, und in der mehrere junge Funktionäre der KPÖ Vorarlberg ihre Auffassungen bekanntgaben.

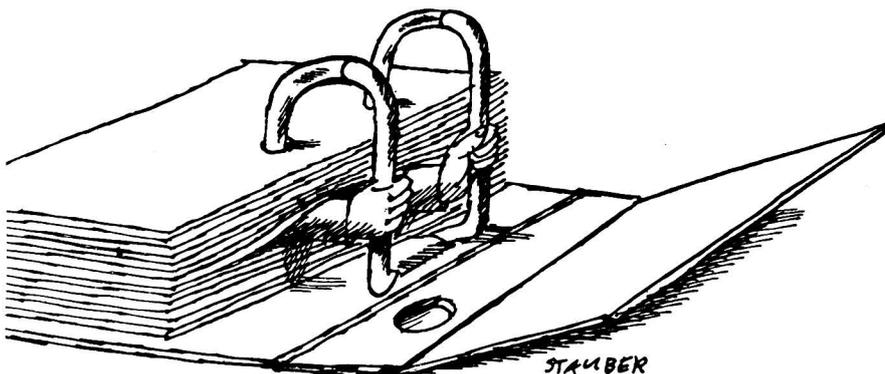
Für Aufregung hatte wenige Tage vorher, am 24. 10. 1979, *eine Stellungnahme führender Funktionäre der Vorarlberger KP zur Verurteilung der Charta-77 Angehörigen* gesorgt. Diese Erklärung folgte auf Grund eines eingehenden Studiums der vorliegenden Unterlagen. Als direkte Interventionsversuche in Vorarlberg scheiterten (in einer Landesleitungssitzung erhielt E. Wimmer nicht einmal mehr das von ihm lautstark gewünschte "Schlußwort"), erklärte Hans Kalt am 8.11. in der "Volksstimme", was er schon tags vorher angekündigt hatte: Farkas ist ein Werkzeug des Antikommunismus. Die Sache lief nun ihren "normalen Weg" weiter und verschiedene Interviews und Stellungnahmen dienten nur mehr als Vorwand, um mich am 24.11. aus der kommunistischen Jugend und am 29.11. aus der KPÖ auszuschließen (siehe Dokument 1).

KJÖ und KSV erwiesen sich wieder einmal als Sekundanten der KPÖ-Führung, sie erhielten dafür auf der ZK-Tagung von Hans Kalt ein ausdrückliches Lob, das jeden Zweifel über die Abhängigkeit und Unselbstständigkeit dieser Organisation ein für allemal aufheben sollte.

ZK-Plenum

Der Ausschuß war somit getätigt, allen Eurokommunisten jenseits des Arlbergs somit ein Schuß gegen den Bug versetzt. Die Umstände der "Machtergreifung" in der Bregenzer Römerstraße sind allerdings derart skurril, aber bezeichnend für die Praktiken der KPÖ-Führung, daß ich darüber doch einige Worte verlieren möchte.

14 Tage vor dem Ausschuß hatten sich, einen Tag vorher telefonisch durch



Dokument 1

Gedächtnisprotokoll, Plenartagung ZK der KPÖ am 29.11.1979

Hans Kalt: Wahleinschätzung der Landtagswahlen, Vorarlberger Zuwachs kommt von positiven Aktionen der Kommunisten und objektiv anderer Situation (schwächste SP, gesicherte Arbeitsplätze), nicht von eurokommunistischer Linie.

Farkas hat Partei in Öffentlichkeit verleumdet. Demokratischen Zentralismus bestritten und festgestellt, durch den Ausschluß der Revisionisten seien theoretische Möglichkeiten abhandelt gekommen, "verlogene antikommunistische Kampagne"

Dissidentenkampagne dient den strategischen Konzeptionen des Imperialismus, die sozialistischen Länder wehrlos zu machen. Es sei richtig, wenn das System mit juristischen Mittel verteidigt wird. Farkas betreibe die Politik, die Kreisky von Eurokommunisten fordert, der Vorarlberger SP-Sekretär hat daher auch "diese Aktionseinheit mit SP-Funktionären gebilligt."

Farkas drohe mit gegen die KPÖ gerichteter Tätigkeit, indem er Aktivität bei grünen Listen ankündige. Habe schon vorher Kenntnis von dem Brief an die Genossen gehabt, es bestehen organisatorische Bindungen zu den Revisionisten. Hat Abschlussfeier veranstaltet und damit seinen Ausschluß gefeiert. Daher stellt das Politbüro den Antrag auf Parteiausschluß.

Wolfgang Rainer, KJÖ: Vorarlberger planten Putsch gegen die Gesamtpartei, Farkas will Generationskonflikt. KJÖ hat Farkas aus ihren Reihen ausgeschlossen, weil er gegen die Politik der Partei und des letzten Bundeskongresses der KJÖ (Solidarität mit den sozialistischen Ländern) verstößt.

Reinhard Farkas: Bringt drei Anträge ein (siehe Dokument 2). Lehnt Personalisierung der Sachprobleme ab, die betrieben wird. In anderen KPs wird Demokratischer Zentralismus anders gehandhabt, in der KPÖ handelt es sich um autoritäre und bürokratische Entartung desselben. Stellt fest, daß seine Auffassungen im Einklang mit denen von Millionen Kommunisten in Westeuropa stehen.

Walter Bayer, KSV: Cap strebt mit seiner Drohung (Nichtzusammenarbeit mit KJÖ) Schwächung kommunistischer

Organisationen an. Ideologischer Druck auf KPÖ nimmt zu. Farkas will sich mit seinen drei Anträgen ("Provokation") einen starken Abgang im ZK sichern.

Dóttl: Einstimmige Resolution der Donaustädter Bezirkskonferenz für den Ausschluß Farkas. "Beschlüsse im Interesse der Partei ziehen." Farkas hat bereits in seiner Tätigkeit im XXII. Bezirk sich nicht an Beschlüsse der Partei gehalten.

Hans Brandner, Vorarlberg: Schlußfolgerungen über politische Arbeit in Vorarlberg richtig, aber Art der Durchsetzung (Presseerklärungen) sind falsch. Hat einen Leserbrief gegen Farkas an die "Neue" geschrieben, der nicht veröffentlicht wurde.

Hans Waldhart, Tirol: KPÖ Tirol lehnt Auftreten von Farkas ab, der früher ("in diesem Haus") kein Wort in dieser Richtung geäußert hat. Farkas ist ein "U-Boot" in unserer Partei, wird von der trotzkistischen Zeitung als Held gefeiert.

Ernst Gold, Salzburg: Farkas lenkt von wirklichen Problemen ab. "Uneingeschränkte Solidarität, unverbrüchliche Verbundenheit" mit den sozialistischen Ländern ist notwendig. Die drei Anträge sind provokativ.

Filzwieder, St. Ägyd: Andere Kommunisten außer F. finden kein offenes Ohr in den Massenmedien. "Es gibt keinen Eurokommunismus." "Pluralismus ist Geschwätz." Vergleicht die Positionen von Farkas mit denen der Heimwehr und der Nazi, er habe ein Interesse an Spaltung der kommunistischen Bewegung.

Wimmer, Politbüro: In einer schwierigen Situation, in der keine dramatischen Aufschwünge zu erwarten sind, empfehlen einzelne einen „Abschneider in der Geschichte“. Selbsternannte Erneuerer raten, es italienisch, spanisch zu machen. Dieses Verfahren ist aus der Parteikrise bekannt, es wird die Forderung nach einer neuen Politik erhoben, die Grundlinie der Partei für falsch erklärt. Farkas erklärt weiter, Parteipolitik spiele SP in die Hände, es bestehe ein Notstand der Demokratie in der Partei, in keiner Erklärung hat er zur innenpolitischen Lage Stellung genommen. Will öffentliche Eurokommunisten-Diskussion.

Spira hat die "Konstituierung einer neuen Kraft, die vorerst noch nicht möglich ist" gefordert. Genossen sollten autonom in ihren Organisationen sein, wonach sich Farkas gerichtet hat.

Mitteilung über Anwesenheit: 59 ZK-Mitglieder anwesend, 11 entschuldigt, 4 nicht entschuldigt bzw. kommen noch, von 12 Mitgliedern der Schiedskommission sind 8 anwesend.

Walter Wachs: Berichtet über eine „eigenartige Sitzung“ der Landesleitung auf der ein Aktivist der GE anwesend war, „einer parteifeindlichen Gruppe“. Farkas betrachte die Parteiführung als „verkalkt, veraltet und als Stalinisten“, die die Vorarlberger Organisation geschädigt habe. Hat sich über kollektive Leitung hinweggesetzt, Eskalation an öffentlichen Erklärungen. Die Landesleitung ist bis vor kurzer Zeit diesen Verstößen gegen den Demokratischen Zentralismus aus persönlicher Sympathie zu Farkas nicht entgegengetreten. Farkas ist „Fremdling“ in der Partei und muß ausgeschlossen werden.

Bauer, NÖ: Das Auftreten von Farkas ist in Niederösterreich "aktivitäts-hemmend. Man hat zulange Verständnis aufgebracht für seine unkommunistische Haltung.

Sepp Brandner: Beklagt, daß er und Franz Freihaut in den Augen von Vorarlberger Funktionären, insbesondere von Landesobmann Valentinelli, nicht glaubwürdig sind.

Rufshiem, Steiermark: Farkas würde aus jedem „Bienenzuchtverein“ ausgeschlossen werden. Er ist nicht bereit zu Konzessionen, daher Antrag auf Schluß der Diskussion (angenommen).

Ernst Schmid, Wien: Vergleicht in einem Zwischenruf Farkas mit Fischer, auch damals hat man zulange zugeschaut. Farkas soll in eine „Firma arbeiten gehen, dann wird er schon anders reden...“

Joschi Noger, Vorarlberg: Es gibt keine Breite der Diskussion in der KPÖ. Wir dürfen nicht schweigen zu Demokratieverzerrungen in osteuropäischen Ländern. ZK versucht, „unsere Meinungen unter den Tisch zu fegen“. Schwerer Schaden für Landesorganisation. Päpstliche Unfehlbarkeit des Genossen Kalt wird offensichtlich angenommen. (Zwischenrufe). Autonomie darf nicht zu Indifferenz führen. In Wien herrscht

völlige Unkenntnis der Vorarlberger Situation.

Spricht sich für Anerkennung der Leistungen der westeuropäischen Arbeiterbewegung aus ("die Grenzen des Sozialismus nicht um die sozialistischen Länder ziehen").

Rosmarie Gabriel, Vorarlberg: Kein Tabu über sozialistische Länder. ZK ist schuld an falschem Weg von Farkas, er sei kein U-Boot, habe wohl aber die Partei verleumdet.

Hans Kalt: Berechtigte Frage, wieso zulange zugewartet wurde. ZK sei in einer Zwangssituation gestanden, nachdem Farkas seinen Auftritt geschickt in die Zeit vor die Landtagswahl gelegt hat. Hat keine selbstkritische Haltung gezeigt. "Wir sind eine von allen Seiten behämmerte Kampf-gemeinschaft."

Farkas hat „böseste Verleumdungen in Umlauf gesetzt“. „Antiparteiliches Auftreten.“ Lob an die jungen Vertreter des KSV und KJÖ, die Farkas richtig entgegengetreten seien.

Zu Kritik an Volksstimme-Bericht-erstattung: gibt zu, im Fall der vietnamesischen Truppen in Kambodscha „hat Volksstimme die Dinge nicht richtig dargestellt“. Die „Haltung der KPI und KPF zu Kambodscha deckt sich mit unserer“ (!!)

Die Eurokommunisten bekennen „sich grundsätzlich positiv zum realen Sozialismus“.

Die Zahlung von Beträgen des CIA an die Verurteilten in der CSSR ist erwiesen.

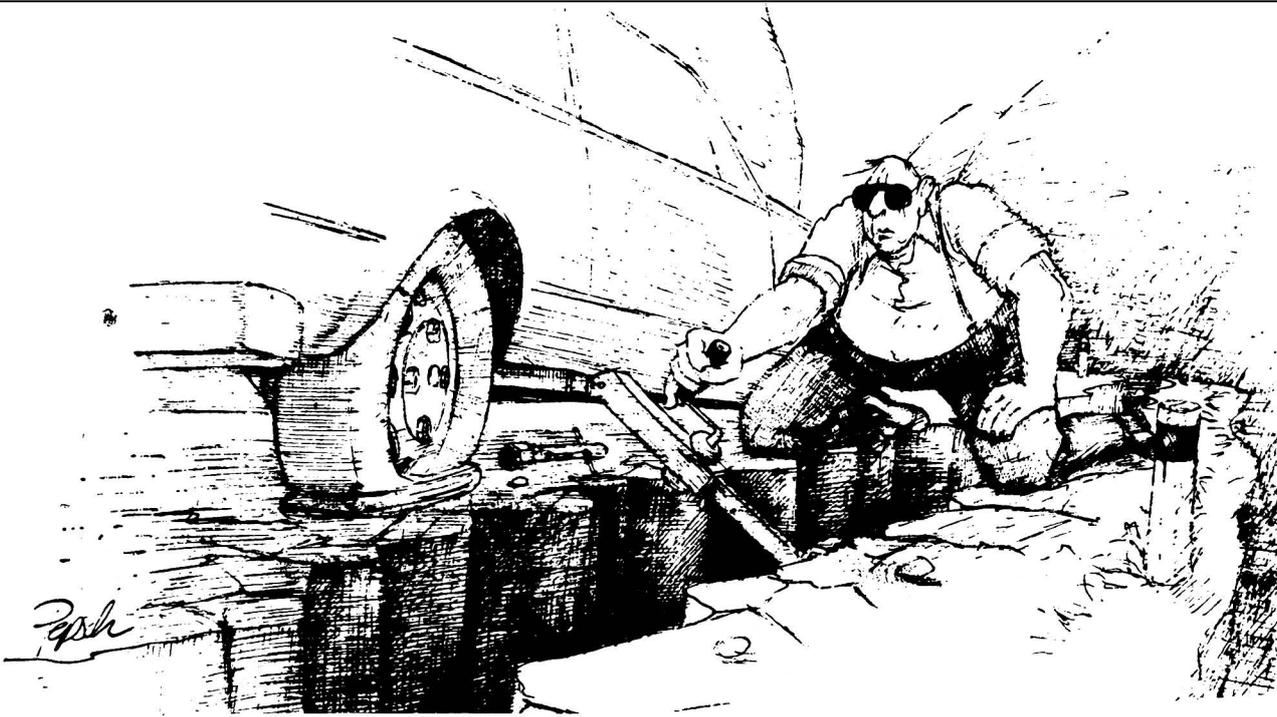
Jetzt muß man „so aus der Situation herauskommen, daß es der Partei am wenigsten schadet“, zu Farkas „Das geht doch einfach nicht!“, man muß die „Prinzipien hochhalten“ und „Genossen rechtzeitig auf diesen Weg bringen.“

Anträge des Politbüros: – Ausschluß von Farkas. Politbüro „soll mit allen Kräften mithelfen, daß die Einheit der Partei gewahrt ist“.

– Das Politbüro wird aufgrund des Diskussionsbeitrags von Genossen Noger ermächtigt, Maßnahmen bezüglich der Aufrechterhaltung seines Dienstverhältnisses zu treffen, er sei „nicht tragbar als freigestellter Funktionär“.

– Alle drei Anträge von Farkas im Block ablehnen.

Einstimmig



Dokument 2

Antrag des Genossen Reinhard Farkas an die 13. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 29. und 30.11.1979

Zu den heutigen Kampfbedingungen gehört die Tatsache, daß es in Grundfragen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung verschiedene Auffassungen gibt. Schon deswegen wird es auch innerhalb unserer Partei verschiedene Auffassungen geben. Deren Vertreter dürfen nicht diskreditiert werden. Das stellt die Einheit in der Aktion nicht in Frage und ist eine Voraussetzung für den Internationalismus.

Wenn die Öffentlichkeit sieht, daß man in der kommunistischen Partei unterschiedliche Auffassungen vertreten kann, wirkt das für die Partei nicht schädigend. Das zeigt u.a. auch eine Meinungsumfrage kurz nach der umstrittenen "Teleobjektiv"-Sendung, die ergeben hat, daß ein Prozent der Österreicher die KPÖ wählen würde.

Die Arbeiterklasse Österreichs hat ein Recht darüber informiert zu werden, was innerhalb einer Arbeiterpartei diskutiert wird. Die Mitgliedschaft zur KPÖ ist dafür nicht Voraussetzung. Die Anerkennung einer Meinungsbreite ist eine Notwendigkeit für die Stärkung der Partei, weil Vorurteile abgebaut werden und das Vertrauen zur Partei wächst. Es schadet aber der Partei längerfristig, wenn der Eindruck entsteht, daß Mitglieder wegen abweichender Meinungen in dieser oder jener Form gemäßregelt oder sogar ausgeschlossen werden.

Die Prozesse von Prag schädigen auf schwerster Weise das Ansehen des Sozialismus in aller Welt und nützen nur den Gegnern von Frieden und Entspannung für ihre Kampagne gegen die zunehmende Verständigung in Europa.

Verurteilung der Prozeßführung gegen die Exponenten der Charta 77-Bewegung

Im Einklang mit der westeuropäischen demokratischen und Arbeiterbewegung verurteilt das Zentralkomitee den Prager Gesinnungsprozeß gegen tschechoslowakische Bürger und verlangt die Freilassung der zu Unrecht Inhaftierten.

Zur Berichterstattung der Volksstimme

Zu wiederholten Malen hat das Parteiorgan der KPÖ, "Volksstimme," seine Verpflichtung zur allseitigen Berichterstattung über die revolutionäre Arbeiterbewegung verletzt. Standpunkte

der großen westeuropäischen Bruderparteien werden im wesentlichen verschwiegen.

Im Zusammenhang mit aktuellen Geschehnissen wurden gelegentlich sogar falsche Informationen wiedergegeben (zum Beispiel Leugnung der Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha).

Gegenüber den osteuropäischen sozialistischen Ländern wird größtenteils eine völlig unkritische Betrachtungsweise an den Tag gelegt.

Durch diese schwerwiegenden Mängel in der "Volksstimme"-Berichterstattung werden die Parteiorganisationen in ihrer Tätigkeit behindert.

Das Zentralkomitee spricht daher dem verantwortlichen Chefredakteur der Volksstimme, Genossen Hans Kalt eine Rüge aus und fordert ihn sowie die gesamte Volksstimme-Redaktion auf, in Hinkunft mehr journalistische Sorgfalt walten zu lassen.

Karl Reiter aus dem Polbüro angekündigt, zwei Mitglieder der Zentralen Kontrolle in der Landesleitung eingefunden, die, so Reiter „a paar Sachen von euch wollen“. Unter den Sachen war die Mitgliederkartei gemeint, die sie zur Absendung eines Briefes des Polbüro verwendeten, in dem die „Antikommunistische Kampagne“ des Genossen Farkas aufgedeckt wurde. Beide verzeigten, nicht ohne einige wertvolle Besuche bei den letzten Getreuen des ZK absolviert zu haben, ohne sich aber von uns in der Landesleitung verabschiedet zu haben.

Wenige Tage später traf, diesmal ohne Anmeldung aus Wien, der knapp 80-jährige Franz Freihaut ein, setzte sich hinter meinen Schreibtisch und meinte, „er wolle sich nur etwas aufwärmen“. Und natürlich solle, während die Genossen auf dem ZK in Wien seien, jemand da sein, denn „vielleicht kommen zwei Leute, oder drei, es können aber auch vier oder fünf sein“, er wolle „sich alles auf einem Zettel notieren und es uns dann mitteilen“. Dazu brauche er aber „den Schlüssel“.

Auch der Heimverwalter der Parteschule Mauerbach, Josef Brandner, der vor Jahren in Vorarlberg Sekretär war und wegen Unfähigkeit verjagt wurde, war im Auftrag des ZK gekommen; er sollte durch Gespräche mit Genossen retten, was zu retten sei. Brandner hatte in seiner Zeit in Vorarlberg unter anderem dadurch von sich reden gemacht, daß er einen scherzhaften, am 1. April im „Vorarlberger Volksblatt“ erschienenen Artikel „Großwild aus Afrika und Asien in Vorarlberg am Ardetzenberg ausgesetzt“ für wahr gehalten und prompt am 6. April in die „Volksstimme“ gegeben hatte.

Während Brandner nun mit nach Wien reiste, blieb Freihaut im Ländle auf seinem Posten, den er bis jetzt noch mit großer Ausdauer besetzt hält. Und unsere Abwesenheit hat er auch weidlich

genutzt, denn schon am nächsten Tag fanden mein Kollege Joschi und ich sämtliche Schlösser in der Landesleitung ausgewechselt.

Eine „Kommission“, bestehend aus Hofstätter, Steiner, Freihaut und Brandner besetzte die Landesleitung, übernahm die Geldbestände, sperrte das Konto (ich habe bis heute noch kein Weihnachtsgeld erhalten) der Landesleitung und verweigerte allen Anrufern, die sehr zahlreich waren, Auskunft und Namen. Einem ORF-Redakteur, der angerufen hatte, warf Freihaut zweimal den Hörer hin, während Steiner mir noch mit einem auswendig-gelernten Togliattizitat „man solle die Partei nie hassen“, auf die Nerven ging.



„Bist du wahnsinnig, mit dem Ding da auf die Straße zu gehen?! Du hast doch Familie“
Dikoorax, Prag, 28. Januar 1969

Resultat

Von den unter 170 Mitgliedern der KPÖ sind meines Wissens mindestens 24 ausgetreten, nahezu alle Genossen unter 40 Jahren. Darunter die Mitglieder der Landesleitung Noger, Lang, Dunst, Reheis. Der Landesobmann, ein bekannter Arbeiterfunktionär, ist zurückgetreten. Die KJÖ besteht nicht mehr, ebenso wie die eine der beiden Bezirksorganisationen.

Die restlichen Mitglieder werden mit Lügen und einseitiger Information verunsichert. Die aktive KPÖ im Ländle ist vom Zentralkomitee ausgelöscht worden. Der alte Mief ist in die Landesleitung eingezogen, im Schaufenster stehen jetzt zwar wieder Lenin-Bände statt dem Wiener Tagebuch und Offensiv Links, aber kaum jemand betritt das Lokal mehr. Ein befreundeter Fotograf, die Vorarlberger Mieterereinheit und ein türkischer Club sowie ein Jugendklub sind aus dem ungastlichen Heim ausgezogen.

Franz Freihaut ist der unumschränkte König seiner Burg.

Problematisierung

1. Glauben und Zweifel

Der Beobachter könnte sich die Frage stellen, wie ausgerechnet im Ländle, exakt zehn Jahre nach der Machtergreifung der Stalinisten in der KPÖ eine derartige Entwicklung stattfinden konnte. Meines Erachtens ist die Frage anders zu stellen: Wie konnte es der am 21. Parteitag und danach installierten Führung gelingen, Anfang der siebziger Jahre zumindest einen bescheidenen Aufschwung der KPÖ zu erreichen und danach den Niedergang dieser Partei derart zu bemänteln, daß ihr immer noch ihre Mitgliedschaft und ein Kreis von Außenstehenden erhalten bleibt.

Einmal, wie mir scheint, dadurch, daß von der SPÖ-Politik Enttäuschte und neu zur Politik stoßende Leute im materiell abgesicherten KP-Apparat eine bestimmte Wirkungsmöglichkeit sehen. Zum anderen deshalb, und diese Argumentation ist sicher tiefergehend, daß auch bei Linken und Kritischen das Element des Glaubens, der mystischen Verklärung der marxistischen Ideologie eine große Rolle spielt.

Es ist nicht nötig, auf die diesbezügliche Stellungnahmen der Eurokommunisten, wie Santiago Carillo in seinem Werk "Eurokommunismus und Staat" einzugehen.

Gerade inmitten einer bestimmten Isolation und scheinbaren Perspektivlosigkeit ist die mystische Transzendierung des "realen Sozialismus," der "heldenhaften Sowjetunion," des "Marxismus-



Leninismus," der "Partei der Arbeiterklasse" und ähnlichem eine Möglichkeit, den eigenen Standpunkt abzusichern.

Zumal, und das möchte ich als dritten Grund anführen, die Informationsbreite, die den KPÖ-Mitgliedern und ihren Sympathisanten in der KP-Presse geboten wird, minimal ist und eine geschickte Retuschierungsgagitation geboten wird, in der nicht sein kann, was nicht sein darf.

Und – hier müßte unsere jetzige, auch in Vorarlberg von immer mehr Linken unterstützte Politik, ansetzen – außerhalb der reformistischen, auf Interessensausgleich bedachten Sozialdemokratie und der auslandsabhängigen KPÖ noch keine stärkere relevante Alternative besteht.

2. Innere Erneuerung der KPÖ Vorarlberg

Ich blende zurück auf eine Aussprache, die im Höchstädtplatz zwischen dem Vorarlberger Landessekretariat und dem Polbüro der KPÖ stattfand (siehe Dokument 3).

In der Vorarlberger Organisation war in den Jahren 1970/1972 eine Erneuerung ins Rollen gekommen, als deren Exponent ich ein Jahr später auf die Moskauer Parteischule delegiert und später im KPÖ-Apparat, vorerst in Wien, dann ab 1974 in Bregenz tätig war. Die Begeisterung der Parteiführung "neue Leut" zu bekommen und den ausgetrockneten, durch persönliche Querelen zerissenen Vorarlberger Apparat wieder auffrischen zu können, wurde bald getrübt.

Die aus Wien Anreisenden kamen bald immer ungerner nach Vorarlberg und reisten gerne wieder ab. Die Unfähigkeit dieser Matzingers, Freihauts und Konsorten blieb uns nicht verborgen. Insbesondere Genossen Wimmer mag es hart getroffen haben, als ihm auf einer Landesleitungssitzung unser Landesobmann Valentinelli das Wort entzog. Freihaut wurde von uns wegen seiner Umtriebe abgelehnt – er hatte Protokolle entwendet – und Wachs hatte auf dem ZK-Plenum nicht so unrecht nicht, wenn er unsere Einschätzung der Parteiführung "verkalkt, veraltet und Stalinisten" beklagte. Übrigens wird die Fähigkeit der KPÖ-Führung auch außerhalb Vorarlbergs, insbesondere von den jungen Genossen in Oberösterreich, zum Teil in Salzburg und in Wien bestritten. Die Erkenntnis aber, daß es sich dabei um eine politische Fehlhaltung handle, und daß eine bestimmte Lage einer Partei auch bestimmte Persönlichkeiten

nach oben schwemmt, diese Einsicht ist in der KPÖ außerhalb Vorarlbergs noch wenig verbreitet.

Die innere Erneuerung der KPÖ Vorarlberg, die in einer besonderen Situation gegen den Widerstand des vorausschauenden Polbüros zustandekam, hat die außerordentliche Schwäche des traditionellen Kadern zur Ursache und konnte daher nur in diesem Bundesland entstehen.

3. Aktionseinheitserfahrungen

Der Versuch, die Partei zu öffnen und in Aktionseinheit mit anderen Gruppierungen und Personen zu bringen, ist mit der Erneuerung entstanden. 1974 gab es eine gemeinsame 1.Mai-Demonstration mit der GRM, 1975 wurde nach einer antifaschistischen Großaktion der Verein ARGE zur Bekämpfung faschistischer Umtriebe gebildet, als dessen Sekretär ich fungierte. Mit von der Partie waren Vertreter der SPÖ, Gewerkschafter und einige Leute der VRA, sowie Teile der Jungen ÖVP. Dieser hoffnungsvolle Ansatz ist unserer eigenen Beschränktheit, aber insbesondere der Interventionspolitik des Wimmer-Kreises zum Opfer gefallen. Immerhin gab es in den letzten Jahren in Vorarlberg eine Reihe von Aktionen und Bewegungen. Als wichtigste möchte ich nur die Mieterbewegung 1977, die Aktionen gegen das Sicherheitsgesetz, den Kampf gegen die Schließung von Betrieben und die Mitarbeit in Jugendzentren nennen.

Wir lernten aus diesen Erfahrungen. Und auf der letzten Landeskonferenz, auf der ich in meiner Funktion bestätigt wurde, stelle ich im Rechenschaftsbericht fest:

In der Wechselwirkung mit der Massenbewegung haben wir vieles gelernt, das unseres Erachtens in ganz Österreich verstärkte Berücksichtigung finden müßte... Grundlage unserer Politik in Masseninitiativen kann nur die strikte Anerkennung der Überparteilichkeit sein... Rücksichtnahme und Toleranz in der Diskussion mit Andersdenkenden ist ein wichtiger Grundsatz unserer Politik geworden.

Dokument 3

Gedächtnisprotokoll einer Aussprache zwischen dem Vorarlberger Landessekretariat und dem Polbüro der KPÖ am 30.11.1975

W. Wachs verweist auf "Probleme mit der Vorarlberger Organisation" im Zusammenhang mit der Ablehnung des Wahleinsatzes in Wien und kritisierte insbesondere Farkas für sein Verhalten. (Bruch der Parteidisziplin u.a.) Farkas zeichne für "nicht abbesprochene Dinge", die Landeskonferenz der KJO habe ohne Mitteilung an die Bundesleitung in der Wohnung des Genossen Farkas stattgefunden, auf dem Volksstimme-Fest habe Farkas eine "Aussprache mit Jocha" (Funktionär

der VRA) geführt, schließlich fungiere Farkas als Sekretär des Vereins ARGE und arbeite mit Maoisten zusammen. Es sei an Einsparungen im Parteiapparat gedacht und daher die Weiteranstellung von Genossen Farkas nur terminlich möglich.

E. Wimmer sei grundsätzlich nicht dagegen, daß junge Menschen gefördert werden, äußert jedoch seine Zweifel über Farkas. Dies in Zusammenhang mit dem Verhalten des Genossen Farkas in Moskau auf der einjährigen Parteischule, weiters auf der Mauerbacher Schule (so ein Verhalten sei ihm bisher noch nie untergekommen). Hierüber sei er von den Genossen Lautischer, Hager und Schober informiert

worden. Insbesondere sei Farkas der Meinung, daß der Faschismus im gegebenen Zeitpunkt die Hauptgefahr darstelle, er habe gegen den Beschluß des ZK über Aktionseinheit mit Ultralinken "protestiert" und sei "auf Distanzierung gegenüber den sozialistischen Ländern" aus. Ähnliche Vorwürfe macht Wimmer auch Eva-Maria Farkas, die im Zeitpunkt der Aussprache nicht anwesend ist.

Schlußfolgernd stellt Wimmer fest, Farkas könne sich in die Parteidisziplin nicht einordnen, er verwende außerdem "einen Ton, den ich seit vier Jahren nicht gehört habe", kritisiert weiters, daß E. M. Farkas Genossen Progsch

("ein bewährter Betriebsarbeiterfunktionär") in unzulässiger Weise kritisiert habe.

A. Matzinger drückt seine Schockierung über die Diskussionen in Vorarlberg aus (Landesleitungssitzung), während es früher nie Differenzen gegeben habe, sei man jetzt plötzlich massiv gegen Genossen Vonach aufgetreten.

F. Muhri schließlich ist befremdet über den "Ton der Briefe, die aus Vorarlberg kommen", die Nichtinformation des ZK über die Gründung der ARGE widerspreche den Normen der Partei, meldet seine Zweifel über die Zusammenarbeit mit Maoisten in dieser Organisation an.

Und so ist es nicht von heute auf morgen gekommen, daß wir auf ein "Linkes Forum" den Genossen Spira eingeladen haben und damit den Mechanismus der endgültigen Normalisierung unserer Organisation auslösten.

munismus" auf der Tagesordnung. Einmütig wurde die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Entwicklung der Politik gebilligt. Daß uns auch Urlaubsreisen und persönliche Aussprachen mit Bürgern des "realen Sozialismus" wenig von dieser Aussicht begeistern konnten, werden die hier Anwesenden sicherlich verstehen.

wegung einzuschätzen ist. Dieser Apparat aber wird im Verhältnis zur Restpartei immer gewichtiger und zeigt immer deutlichere Erscheinungen des Parasitentums, des moralischen Zerfalls und der Korruption. *Nicht nur die Abhängigkeit vom Kapital erzeugt eine bürokratische Schicht in der Arbeiterbewegung, sondern auch die Abhängigkeit vom sogenannten "realen Sozialismus."*

4. Eurokommunismus

Jahrelange Erfahrungen im Kontakt mit der KPI Südtirols und Trentinos haben uns am letzten 23. Parteitag die Lächerlichkeit der diversen "Argumente" Muhris, Scharfs und Wimmers gegen den Eurokommunismus vor Augen geführt. Diese praktischen Erfahrungen waren für uns ein Lernprozeß, die elastische und volksverbundene Tätigkeit der KPI ein natürlicher Gegensatz zum Bürokratismus und der autoritär deformierten Politik der Wiener Parteiführung. Beschäftigung mit den theoretischen Grundlagen des Dritten Weges zeigte uns die Notwendigkeit der Erarbeitung einer eurokommunistischen Konzeption für Österreich – und die Erfahrungen, die wir beim Umsetzen dieser Theorien machten, gaben uns recht.

Die Bregenzer Bezirkskonferenz vom 7. 11. hatte nicht ohne Grund "Eurokom-

Schlußfolgerungen

Es fehlt an Zeit und notwendigen Grundlagen, um eine eingehende Analyse dieser KPÖ zu geben, von der sich die Vorarlberger Kommunisten distanziert haben. Ohne Zweifel aber kann man heute niemandem guten Gewissens empfehlen, diese Partei zu unterstützen, deren politische und moralische Dekadenz ständig zunimmt. Die KPÖ diskreditiert heute den Namen "Kommunismus" und verwehrt vielen Linken das Engagement für eine sozialistische Gesellschaft. Sie ist ökonomisch, politisch und ideologisch vom Ausland abhängig und kann daher keine österreichische nationale Kraft der Erneuerung sein.

Trotz allem müßte man meinen, daß sie mit Ausnahme des bürokratischen Apparats noch als Bestandteil der Arbeiterbe-

Aus dem ergibt sich, daß kein Grund besteht, die KPÖ insgesamt zu isolieren, sehr wohl aber ihre Führung zu attackieren und das "was lebt", wie dies einst Genosse Ernst Fischer ausdrückte, von dieser verknöcherten und versteinerten Partei loszureißen, wie dies in Vorarlberg bereits zur Gänze geschehen ist.

Wie wichtig dabei die Stärkung der autonomen Linken und insbesondere der FÖJ/BfS ist, ergibt sich aus dem Gesagten. *Nicht antiquierte Marxismus-Modelle und neue dogmatische Systeme können eine Alternative zur SPÖ und KPÖ sein, sondern die kritische Aufarbeitung marxistischer Positionen im Zeichen des Eurokommunismus und eine Sammlung der undogmatischen Linken um die FÖJ/BfS.* Ich möchte abschließend den besten Gruß der Vorarlberger FÖJ/BfS übermitteln.

**Wir danken dem Zentralkomitee
der K.P.Ö. für die konsequente
Vorgangsweise gegen
Reinhard Farkas.**



**Verein zur Sorge und Pflege der
politischen Landschaft in
Vorarlberg**

Brief von Kulturschaffenden an die KPÖ

Ein aufschlußreiches Dokument der gegenwärtigen innerparteilichen Diskussion in der KPÖ stellt ein bislang unveröffentlichter Brief dar, den wir deshalb unseren Lesern zur Kenntnis bringen wollen. Es handelt sich dabei um ein Schreiben etlicher Kulturschaffender, die Mitglieder der KPÖ sind bzw. ihr nahestehen, an das Zentralkomitee.

Wien, am 6.12.1979

Liebe Genossinnen & Genossen,

Wiederholt wurden wir in der Zeit unseres Engagements in der (bzw. für) die KPÖ auf den Unterschied zwischen unseren Vorstellungen und dem realen Weg der Parteipolitik hingewiesen. Kommunistische oder der Kommunistischen Partei nahestehende Kulturschaffende, die über die mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit ihren Ansprüchen einer sozialistischen Politik klagten, wurden aufgeklärt: "Schaut's, was bringen uns die Künstler? Heut ein paar Anhänger mehr und morgen schreiben sie eine Protestnote oder distanzieren sich von uns, weil aus rein pragmatischen Erwägungen jemand ausgeschlossen oder in einem sozialistischen Land jemand eingesperrt hat werden müssen. Die Künstler sind eben *politisch unzuverlässig*."

Einmal mehr also. Unser Protest gegen den Parteiausschluß von Genossen Farkas hat den obengenannten Vorbehalt bestätigt. Jene Parteigenossen, die mehr Diskussionsbereitschaft der Leitungen forderten, können mit diesem Argument wieder diszipliniert werden, und es bleibt *alles in Ordnung*. Für uns ist es das schon lange nicht. Gerade weil wir die Kommunistische Partei als einzige organisierte Alternative zur in Österreich herrschenden sozialpartnerschaftlichen Gesinnungslumperei betrachten, fühlen wir uns verpflichtet, unser Unbehagen zu artikulieren wie wir auch unsere Verbundenheit zur Kommunistischen Partei artikuliert haben, wenn es die Situation erforderte. Diese Verbundenheit und Gesprächsbereitschaft wollen wir dokumentieren, indem wir diese

genauere Darstellung unserer Probleme nicht der Presseagentur übergeben, sondern direkt an Euch richten.

Das Argument vom "politisch unzuverlässigen Künstler", womit die Kritik vom Tisch gewischt wird, scheint uns ebenso Teil der Entwicklung der politischen Praxis der Partei wie die *Parteiausschlüsse der letzten Zeit*.

An ihrer Dummheit werde die Bourgeoisie zugrunde gehen, hat Lenin gemeint: "Unsere Leute können sich sogar Dummheiten leisten (allerdings dürfen diese Dummheiten nicht sehr groß sein und müssen rechtzeitig korrigiert werden), und doch werden sie schließlich die Sieger sein."

Wir haben nun *das Gefühl*, daß sich die KPÖ nach ihrer mehr als ein Jahrzehnt währenden Zwangabwesenheit von der Tagespolitik in das Wissen um diese "historische Notwendigkeit" mit der Sicherheit eines Fähnleins der sieben Aufrechten geflüchtet hat, und als



Folge des daraus entstehenden Elitebewußtseins den Einschub verdrängte, mit dem Lenin gewarnt hatte. Weil keine Gelegenheit mehr ist, die Überlegenheit sozialistischer Argumente und die Klarheit der Sache etwa durch die Vorlage von Sozial-, Bildungs- oder Budgetkonzepten im Parlament unter Beweis zu stellen, weil die Kanäle zur Öffentlichkeit von bürgerlich-sozialdemokratischer Seite bestens blockiert sind, bleiben nur mehr die eigenen Genossen als Maßstab für die Richtigkeit von Argument und Sache. Dies geschieht nun nicht so, daß letztere an den Vorstellungen der Mehrheit der Parteimitglieder gemessen werden, sondern ganz nach Art einer Sekte, daß die Mitglieder an dem gemessen werden, was trotz der "Verfolgung" an Gedankengut bewahrt werden konnte. Die durch den Mangel an praktischen Aufgaben freigeordnete Energie wird nur mehr dazu verwendet, auf Reinheit der Gesinnung in den eigenen Reihen zu achten, anstatt sich einmal zu fragen, ob es keinen gangbaren Weg aus dem Teufelskreis gäbe.

Der Teufelskreis, in dem sich die Partei befindet, besteht für uns darin, daß sie durch ihre Abstinenz vom politischen Kampf unfähig geworden ist, der heutigen Phase des Kampfes adäquate Mittel zu entwickeln, und daß sie aber andererseits ohne solche neue Mittel keinen Fuß mehr auf den Schauplatz des Kampfes wird setzen können. Sie schafft die Qualifikation nicht, weil sie sich selbst disqualifiziert. Konkret: Genosse Farkas sagte mit Recht in seinem Fernsehinterview, das Argument der widrigen Umstände, der "objektiven Verhältnisse in der spätkapitalistischen Gesellschaft" könne den erschreckenden Wählerschwund nicht mehr zufriedenstellend beantworten.

Uns hat der Stimmenverlust der KPÖ bei den Wiener Gemeinderatswahlen innerhalb von zwei Wahlperioden von 40.000 auf 14.000 sehr beunruhigt. Jede Großpartei hätte bei

einem Verlust dieser Größenordnung ihre Strategie in Frage gestellt, ihre Funktionäre zur Verantwortung gezogen. Die KPÖ kann es sich leisten, in eben dieser Situation durch Ausschluß oder Ausschlußandrohung einzelner, meist besonders einsatzfreudiger Mitglieder aufstrebender Jugendorganisationen in die Bedeutungslosigkeit zurückzuschicken oder ganze Bezirksorganisationen in ihrem Funktionieren zu beeinträchtigen. Sie kann es sich leisten, den Parteisekretär des einzigen Bundeslandes auszuschließen, in dem die KP bei den Wahlgängen der letzten Zeit erfolgreich abgeschnitten hat, und in dem sie drauf und dran war, wieder eine Rolle in der Tagespolitik zu spielen, was sich auch in der Medienberichterstattung bemerkbar machte. Sie hat ihn ausgeschlossen wegen eines Fernsehinterviews im Rahmen einer Darstellung der eigenständigen Aktivität der Vorarlberger Landesorganisation, die der KPÖ – bei anderer Reaktion der Parteileitung – bundesweit mehr Sympathie hätte bringen können als jede Postwurfsendung. Nicht zur Verantwortung gezogen werden hingegen jene Leute, die eine Wahlwerbung verbrochen haben, die die Partei bei der arbeitenden Bevölkerung der Lächerlichkeit preisgegeben hat. Denn die Klassenkampfsituation von heute mit einem fetten, befrackten Couponschneider, umgeben von Geldsäcken und schönen Mädchen am Strand von Mallorca darzustellen, und ihm gegenüber eine ausgemergelte Gestalt im Schlossergewand (wie dies in "An einen Haushalt"-Sendungen gemacht wurde), entspricht so wenig unserer sozialdemokratischen Wirklichkeit, daß es am Arbeitnehmer vorbeigehen muß. Eine Partei mit einem derart infantilen Bild von seiner Realität kann für ihn gar nicht wählbar sein. Der

"moderne Manager" einer verstaatlichten Industrie liegt nicht dumm und faul in der Sonne herum und ist vielleicht gerade deswegen viel gefährlicher, und das Problem des Arbeiters ist nicht, daß er hungert, sondern daß er sich einiges leisten kann, und gerade darin *betrogen* wird.

Was hier waltet, ist nicht der dialektische Geist marxistischer Politik, sondern der bornierte Ungeist der *Simplifizierung*. Jener Simplifizierung, für die alle vielschichtigen Probleme einfach und klar sind, weil sie ohne Zögern ihre Urteile fällt – aus dem Absolutheitsanspruch: Deine Rede sei Jaja-Nein, und ich weiß, was richtig ist.

Es geht uns also nicht so sehr um den Ausschluß der Person des Genossen Farkas, der zweifelsohne Fehler gemacht hat, sondern um die Haltung, die anhand dieses Ausschlusses spürbar wird. Wir sind überzeugt davon, der Ausschluß des Genossen Farkas und auch der – kurz zuvor erfolgte – des Genossen Biron hätten nie in Erwägung gezogen werden müssen, wäre beiden genügend Raum zur demokratischen Diskussion innerhalb der Partei zugestanden worden. Dann wären nämlich beide nie auf die Idee gekommen, sich an die bürgerlichen Medien zu wenden.

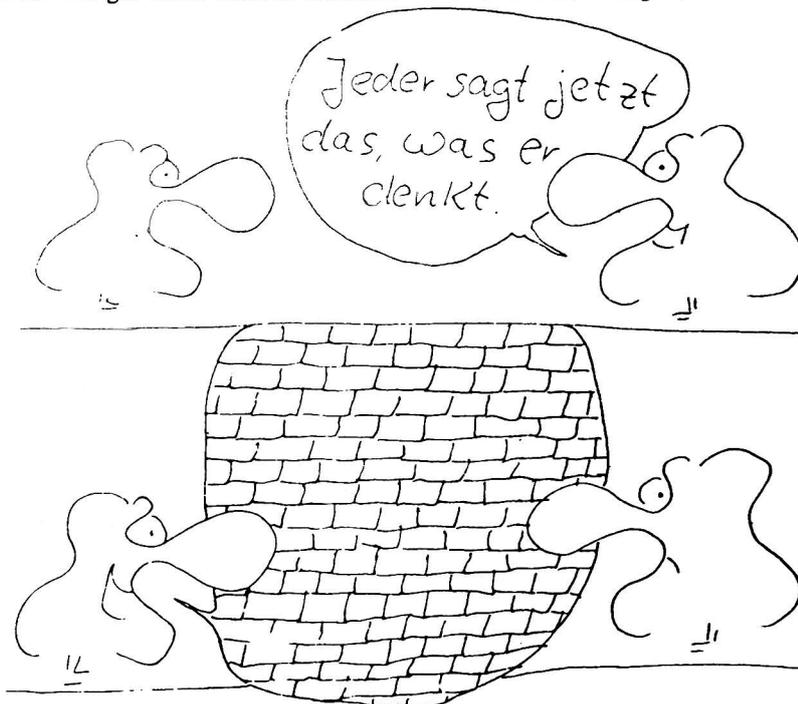
Zu unserem Bedauern stand die oben genannte Haltung auch hinter der TV-Stellungnahme des von uns sonst geschätzten Vorsitzenden Muhri zum Ausschluß von Farkas, in der mit einem Satz alle diesbezüglichen Probleme gelöst wurden, indem er sagte, die Unterzeichner der Charta 77 seien gerecht verurteilt worden, weil sie alle Kontaktmänner westlicher Agenten seien.

Wie, denkt Ihr, daß wir, die Ihr so gerne als "fortschrittliche Kulturschaffende" bezeichnet, all diese Dinge möglichen Bündnispartnern oder Wählern gegenüber vertreten sollen? Oder ist das so gleichgültig für Euch geworden wie die durchaus realistische Ansicht, bei den nächsten Wahlgängen von noch kleineren Splittergruppen überflügelt zu werden als den "Grünen Listen," denen dies schon an einigen Orten gelungen ist?

Mit Lenin glauben wir, "daß die Politik eine Wissenschaft und Kunst ist, die nicht vom Himmel fällt, die einem nicht in die Wiege gelegt wird, und daß das Proletariat, wenn es die Bourgeoisie besiegen will, seine eigenen, proletarischen "Klassenpolitiker" hervorbringen muß, und zwar Politiker, die nicht schlechter sein dürfen als die bürgerlichen Politiker". Zweifelsohne verfügt auch die KPÖ über solche Funktionäre.

Wir haben jedoch derzeit den Eindruck, daß ihnen die Starrköpfigkeit eines immer mehr verhärtenden Sektierertums einiger Parteigruppierungen jede konstruktive Arbeit erschwert, wenn sie nicht gar – wie im Fall Farkas – aus Gründen, die jeder politischen Praxis zuwiderlaufen, ausgeschlossen werden. Wir wären nicht Mitglieder/Sympathisanten der KPÖ, würden wir nicht genügend aufrechte und um die Sache bemühte Genossen kennen. Die Frage, die wir uns stellen ist, wie weit reicht deren Toleranz gegenüber jenen Leuten, die eine Arbeiterpartei mit großer Tradition bedenkenlos zu einer *Splittergruppe herunterwirtschaften*, die schon in absehbarer Zeit sogar für uns kein Problem mehr sein wird, weil sie weggewählt worden ist. (Das schöne Gefühl der Gemeinsamkeit, Einheit und Schlagkraft, das ein "Volksstimmefest" oder ein KJÖ-Treffen vermittelt, darf uns nicht über diese "Realität draußen" hinwegtäuschen). Resultiert diese Toleranz nur aus dem Gefühl des Schwach-, des Bedrohtseins, des Auf-verlorenem-Posten-Stehens?

Dann wollen wir gerade jenen Genossen sagen, daß sie nicht allein sind, daß sie auf unsere Unterstützung zählen können, wenn es um die Demokratisierung erstarrter Parteistrukturen geht. Weil wir uns weiterhin ohne Unbehagen fühlen zu müssen, zu dieser Partei bekennen wollen, weil wir nur in einer demokratisch arbeitenden Partei ein schlagkräftiges Mittel zur Erreichung des von uns allen angestrebten Zieles sehen können: eine Demokratisierung aller Lebensbereiche in einer *sozialistischen Gesellschaft*; einer sozialistischen Gesellschaft, die nicht nur die materielle Gleichheit aller zur Grundlage hat, sondern vor allem die Anerkennung der Gleichberechtigung ihrer Mitglieder.



Der Bruch der KPÖ mit der Freien Österreichischen Jugend

“Nichts gelernt und nichts vergessen.” Mit diesem Satz läßt sich die KPÖ charakterisieren, vergleicht man die nun vor 10 Jahren erfolgte Abrechnung der KPÖ mit ihrer damaligen Jugendorganisation und die jüngst erfolgte “Normalisierung” der KP Vorarlberg. Die Bilder gleichen einander teilweise bis in die Details der Vorgangsweise. Wir zitieren in der Folge aus den “aspekten”, dem damaligen Diskussions- und Informationsblatt der Freien Österreichischen Jugend.

Geschichte wiederholt sich zwar nicht unbedingt. Aber manche Geschichten scheinen sich wirklich einmal als Tragödie und einmal als Farce zu ereignen:

“Mußte man auf dem XV. Parteitag noch die Richtigkeit der Linie der Partei beweisen und einen Kampf gegen bestimmte antileninistische Gruppierungen führen, auf dem XVI. Parteitag aber mit den Anhängern dieser Gruppierungen aufräumen, so braucht man auf diesem Parteitag nichts zu beweisen, und es gibt auch wohl niemand, der geschlagen werden müßte. Alle sehen, daß die Parteilinie gesiegt hat.” (Beifallssturm) (Aus: J. W. Stalin, Werke, Bd. 13)

Aus: “aspekte”, Nummer 33, 1.5.1970, s. 7-10

Stellungnahme zur Diskussionsgrundlage des ZK der KPÖ zum 21. Parteitag

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 8. April 1970 hat Genosse Zapf Fritz einen Diskussionsbeitrag geliefert, den wir nach dem handschriftlichen Konzept sinngemäß wiedergeben.

Die Diskussionsgrundlage zum 21. Parteitag wurde geschrieben, um die derzeitige Politik der Parteiführung zu recht-

fertigen, um einige Genossen, unter anderem auch den FÖJ-Funktionären, den schwarzen Peter zuzuspielen und sie für die negative Entwicklung der Partei verantwortlich zu machen.

Obwohl hier im ZK keine Chance besteht, eine grundsätzliche Änderung der Diskussionsgrundlage, die ich ablehne, zu erwirken, will ich trotzdem zu einigen Problemen Stellung nehmen. Die FÖJ wird mehrmals direkt genannt und führende Funktionäre der Bundesleitung werden für die Entwicklung verantwortlich gemacht. Dies soll nicht unwidersprochen bleiben.

1. Schon die Aufzählung der Fakten in der Diskussionsgrundlage sind eine bewußte Verdrehung der Tatsachen. Es ist einfach eine Unwahrheit sondergleichen wenn behauptet wurde, die FÖJ wollte an Stelle der Partei eine “nebulose Linke” setzen. Die Auseinandersetzung mit den Argumenten der Linken haben Funktionäre der FÖJ und Genossen des VDS geführt und nicht jene Genossen, die heute so kraftvoll im innerparteilichen Kampf ihre Stärke beweisen wollen.

Unsere Beiträge am 20. Parteitag sind ein unleugbarer Beweis für den Einsatz

nicht erkennen will, daß die Wahlen am 1. März von Haus aus verloren waren, und wer nicht zugibt, daß die seit Jahren kontinuierliche Rückentwicklung und der Verlust an Einfluß und Stimmen in der österreichischen Bevölkerung auch mit unserer Politik zu tun hat, erliegt einer argen Selbsttäuschung.

Da in der Diskussionsgrundlage vom Parteitag eine Bestätigung der Beschlüsse des 5., 6., 7., und 8., Plenums verlangt wird, ist ziemlich klar, was dies zu bedeuten hat. Genossen, die damals gegen diese verhängnisvollen Beschlüsse im ZK aufgetreten sind, werden damit noch nachträglich vor dem 21. Parteitag als parteifeindlich erklärt. Es wird nicht versucht, eine Lösung der Probleme anzustreben, die zur Kluft in der Partei geführt haben.

Wenn diese Diskussionsgrundlage angenommen wird, so ist auch vorgezeichnet, in welcher Weise die folgende Parteidiskussion aussehen wird. Ich bin überzeugt, daß auch der Parteitagsbeschuß ähnlich, wenn nicht noch intoleranter sein wird.

Mag sein, daß das manche Parteifunktionäre befriedigt, weil damit die wesentlichen Grundgedanken des 19. Parteitags aufgehoben werden.

Es gereicht der österreichischen Arbeiter- und demokratischen Bewegung zum Schaden, wenn die Kommunistische Partei ihren Aufgaben nicht gerecht wird.

*

Aus: "aspekte", Sondernummer (August 1970), S. 3-6.

Das Politische Büro des ZK der KPÖ hat nachstehenden Beschuß gefaßt. Wir haben den Beschuß angefordert, diesen jedoch von der Partei nicht erhalten. Es ist uns gelungen, eine Abschrift zu bekommen, die wir untenstehend im Wortlaut veröffentlichen.

Die Redaktion

Rundschreiben an alle Landes- und Bezirksorganisationen der KPÖ

Wien, am 3.8.1970

Werte Genossen!

Wir übermitteln Euch in der Anlage die beiden Beschlüsse, die das Politische Büro zur Aktivität einiger Kommunisten des "Tagebuch"-Kreises und der FÖJ gefaßt hat. Es handelt sich um Grundsatzbeschlüsse. Alle Landes- und Bezirksorganisationen sollen auf der Ba-

sis dieser Beschlüsse Aussprachen mit Genossen durchführen, die für das "Tagebuch" bzw. die FÖJ tätig sind. In Fällen, da Aussprachen negativ verlaufen, muß die Grundorganisation und die Bezirksleitung die nach dem Parteistatut notwendigen Beschlüsse fassen.

Wir ersuchen Euch, uns über die durchgeführten Aussprachen zu informieren.

Mit Parteigruß
f.d. Polit. Büro des ZK der KPÖ

Beschluß des Polbüros über die FÖJ

Der 21. Parteitag der KPÖ hat den Beschuß des ZK-Plenums vom Oktober 1969 über die Gründung einer Kommunistischen Jugendbewegung bestätigt und an alle noch in der FÖJ tätigen Kommunisten, an alle FÖJ-ler, die sich mit der Kommunistischen Partei verbunden fühlen, den Appell gerichtet, sich der Kommunistischen Jugend anzuschließen.

Seither hat eine Anzahl von Mitgliedern der KPÖ, die als Funktionäre der FÖJ tätig sind, im Gegensatz zu den Beschlüssen des 21. Parteitags ihre öffentlichen Angriffe gegen die KPÖ fortgesetzt. Sie nehmen auch zur KJÖ eine ablehnende Position ein. In den von ihnen herausgegebenen Materialien wird ein Konzept vertreten, das de facto die Umwandlung der noch bestehenden FÖJ, die früher eng mit der Partei verbunden war, zu einer gegen die KPÖ gerichteten Organisation vorsieht. Auch ihre praktische Tätigkeit ist auf die Verwirklichung dieser Linie ausgerichtet.

Die FÖJ wird so als Plattform für eine gegen die Partei gerichtete, fraktionelle Tätigkeit benützt. Auf Grund dieser Situation stellt das Zentralkomitee fest, daß eine weitere Tätigkeit in der FÖJ mit der Mitgliedschaft zur KPÖ unvereinbar ist.

Antwort auf den Beschuß des Pol-Büros über die FÖJ

Die Sommerakademie der FÖJ ist aus dem Bedürfnis entstanden, sich von der gesamten Linken in Österreich ein konkretes Bild zu machen, um die historischen Ursachen ihrer Schwäche zu untersuchen.

Es war daher selbstverständlich, daß im Rahmen dieser Arbeit – die Funktion des Austromarxismus wie die Rolle der diversen linken Gruppen – auch die Stellung der KPÖ zu behandeln war. Dies veranlaßte uns, Genossen Wimmer E. einzuladen bzw. das Pol. Büro und das Wiener Sekretariat zu ersuchen, einen Referenten namhaft zu machen. Wir wollten, – daß die Stellung der

KPÖ zur gegenwärtigen Situation der Linken von "kompetenter Seite" dargelegt wird. Umso unverständlicher war daher die Absage von Genossen Wimmer und die brüske Ablehnung von seiten der leitenden Stellen der KPÖ, wo doch noch selbst am 21. Parteitag der KPÖ der Beschuß gefaßt wurde, mit den "verwirrten" FÖJ-ern zu diskutieren. Die Gründe dieser Haltung wurden am 5.8. ersichtlich, als Parteivorsitzender Muhri in einem Artikel in der Volksstimme "Eine notwendige Klarstellung" bewies, daß er die Kritik an seiner "schwankenden" Haltung beherzigt hat. Die Parteiöffentlichkeit wurde auf die kommende Ausschlußkampagne vorbereitet, denn bereits am 3.8. sandte das Polbüro einen parteiinternen "Grundsatzbeschuß" an alle Bezirksleitungen, in dem es heißt, daß "eine weitere Tätigkeit in der FÖJ mit der Mitgliedschaft zur KPÖ unvereinbar ist." Somit hatten jene Genossen, die an Hand von Fakten immer wieder aufzeigten, daß es der KPÖ-Führung derzeit nicht darum geht, einen gemeinsamen Weg zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zu suchen, recht behalten.

Diese Vorgangsweise der KPÖ-Führung ist Ergebnis jener Entwicklung, die wir als verhängnisvoll nicht nur für die KPÖ selbst, sondern für die gesamte Linke in Österreich bezeichnet haben. Wir haben unsere Haltung zu diesen Problemen oft genug – zuerst in der "jugend 69" dann in den "aspekten" – aufgezeigt.

Wir sprechen der heutigen Parteiführung der KPÖ, die nicht imstande ist, dem Versteinerungs- und Zerfallsprozeß der Partei entgegenzuwirken, das Recht ab, darüber zu befinden, wer Kommunist ist und wer nicht. Es ist doch bekannt, daß der Name einer Partei nicht unbedingt mit ihrer Praxis identisch ist. Maßgeblich für die Beurteilung, ob jemand Kommunist ist, scheint uns nicht das Mitgliedsbuch zu sein, welches heute die Zustimmung zur Politik der KPdSU voraussetzt, sondern maßgeblich dafür ist die aktive Anwendung und Durchsetzung der marxistischen Ideen, was unvermeidlich zur Ablehnung der Entartung, die es unter Stalin gab und unter Breschnew neuerlich gibt, zwingt.

Es ist für die Parteiführung bezeichnend, daß sie der geistigen Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen aus dem Wege geht und daß sie es nicht für notwendig hält, sich mit den Ursachen des Rückgangs des Einflusses der KPÖ in der Öffentlichkeit, der Ver-

schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitg + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + informatio

minderung der Mitgliedszahlen von 140.000 auf 25.000 beschäftigt, sondern jene ausschließen läßt, die aus einer verfehlten Politik die Konsequenz ziehen wollen.

Der Konflikt FÖJ-KPÖ ist nicht dadurch entstanden – wie Muhri den Mitgliedern der Partei einreden will – daß wir die Funktion der KPÖ negiert hätten, oder was noch widersinniger ist, jung gegen alt aufbringen wollten, sondern dadurch, daß wir die Notwendigkeit einer revolutionären Kommunistischen Partei erkennend, uns für einen echten Erneuerungsprozeß eingesetzt haben. Manche werden diesen Artikel als Ausdruck einer noch nicht überwundenen Parteifixiertheit betrachten, dennoch glauben wir, daß die Beschäftigung mit den Angriffen, denen wir seitens der Parteiführung ausgesetzt sind, es uns erleichtert, unseren Standort zu bestimmen. Muhris Artikel hat bewiesen, daß der Versuch seitens der Parteiführung, die FÖJ umzubringen, gescheitert ist. Muhri liebt es, als Repräsentant des 19. Parteitages in der Öffentlichkeit aufzutreten und wirft uns vor, den Boden dieses Parteitages verlassen zu haben. Das Wesentliche und für die gesamte Linke in Österreich Interessante am 19. Parteitag der KPÖ war, daß die KPÖ ihren selbst erteilten Führungsanspruch aufgab und bereit war, als revolutionäre Kraft ihre Haltung sowohl zur SPÖ als auch zu anderen linken Gruppen zu überprüfen und gemeinsam mit ihnen einen Weg zum Sozialismus zu erkämpfen. Vor allem aber war wesentlich, daß die KPÖ sich ganz eindeutig als österreichische und zutiefst demokratische Partei erklärte.

Wir halten diese Grundeinstellung nach wie vor für richtig.

Allerdings sind wir der Meinung, daß mit der Nachjännerpolitik in der CSSR, und dem darauf folgenden Einmarsch der 5 Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR, durch den Konflikt am Usuri, mit dem Mai 1968 in Frankreich, der großen Studentenbewegung in Europa, mit der Ausweitung des Vietnamkrieges und der zunehmenden Faschisierung in den USA, um nur einige von vielen internationalen Fakten anzuführen, Ereignisse eingetreten sind, die neu verarbeitet werden müssen.

Auch für die innerösterreichische Entwicklung stellte das Ende einer 20-jährigen Koalition und die darauffolgende ÖVP- und jetzige SPÖ-Regierung neue Probleme. Dies alles muß bei der Erarbeitung einer revolutionären Strategie miteinbezogen werden.

Die heutige Praxis der KPÖ widerspricht diesen Vorstellungen. Ist aus dieser unserer Haltung ableitbar, daß wir an Stelle der KPÖ eine "nebulose" Linke setzen wollten?

Wir haben uns mit der Beschuldigung, daß wir eine "nebulose" Linke wären, wiederholt auseinandergesetzt und eindeutig klargestellt, daß wir für eine revolutionäre Linke sind! Das Konzept einer revolutionären Linken schließt keine wirklich revolutionäre Gruppe aus. Wenn Muhri uns vorwirft, durch den Umbau der FÖJ die "besten Traditionen der früheren FÖJ", zu denen das Kampfbündnis mit der KPÖ gehörte, preiszugeben, so möchten wir darauf ganz klar antworten:

Die heutige KPÖ ist zwar dem Namen nach die gleiche Partei wie früher, aber der Inhalt ihrer praktischen Politik spiegelt deutlich den Rückfall in Positionen vor dem 19. Parteitag wieder.

Wir werden den von uns als richtig befundenen Weg weitergehen und unsere Haltung jeweils in der konkreten Situation an Hand der Realitäten festlegen.

Die Erfahrungen, die wir aus der Jugend- und Studentenbewegung gemacht haben, veranlaßten uns, eine marxistische Organisation der Jungen zu entwickeln. Es spricht für das Niveau der derzeitigen KPÖ-Führung, aus dieser Erkenntnis eine "Rechtsabweichung" herauszulesen. Mit Beschimpfungen und Ausschlüssen können zwar unliebsame Elemente gesäubert werden, aber die Probleme, die gestellt wurden, bleiben.

Sind wir Rechtsopportunisten?

Der Hauptvorwurf, der den "Rechtsabweichlern" und "Revisionisten" gemacht wird, bezieht sich im wesentlichen auf deren angeblich "opportunistische Haltung" zur Sozialdemokratie.

Wir halten die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Sozialpartnerschaftspolitik der SPÖ sogar für sehr notwendig. Allerdings lehnen wir die primitive Entlarvungspolitik ab, wie sie die KPÖ in letzter Zeit vor allem durch die "Volksstimme", zum Ausdruck bringt, weil sie der Orientierung des 19. Parteitages, auf eine Differenzierung innerhalb der SPÖ Kurs zu nehmen, widerspricht, und weil diese Politik die KPÖ von den österreichischen Arbeitern und Angestellten auch weiterhin isoliert.

Wir sehen in der jetzigen Periode, wo die SPÖ die Regierung stellt, Möglichkeiten des Kampfes um Veränderungen in Österreich, die wir ausnützen sollten, um innerhalb dieses Kampfes die Grenzen aufzuzeigen, die eine systemintegrierte Sozialdemokratische Partei der Arbeiterbewegung abzustecken versucht.

In der Ausnützung dieser Möglichkeiten sehen wir eine Chance, mit anderen Gruppen und Kräften zusammen einen Kampf zu führen, eine Bewegung zu entwickeln.

In diesem Kampf besteht die Möglichkeit, daß linke Sozialisten

und vor allem die jungen Genossen in der SPÖ, den Widerspruch und die Schädlichkeit der Sozialpartnerschaftspolitik der SPÖ erkennen und einen Prozeß der Bewußtseinsveränderung durchmachen, der für eine erfolgreiche Linkspolitik in Österreich unerlässlich ist.

In der Kritik an der SPÖ-Regierung ist die KPÖ bemüht, sogar die ÖVP noch rechts zu überholen und verwischt daher die Unterschiede, die es zwischen beiden im System integrierten Parteien ÖVP und SPÖ doch gibt.

In Wahrheit ist diese Politik eine scheinlinke Politik, die, unwillkürlich eine mögliche Rechtsablöse der SPÖ Regierung fördert, ohne die Linken zu stärken.

Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der in der letzten Periode in der KPÖ immer stärker in Erscheinung trat – Savak-Affaire, 1. Mai 1968 in Wien, Haltung bei Wahlen usw. – wurde gerade von unserer Seite immer wieder aufgezeigt und zu überwinden versucht. Es sei nur daran erinnert, mit welcher Skepsis die Forderungen nach Entwicklung einer außerparlamentarischen Bewegung, die Bemühungen, dem Wiener Wahlkampf einen neuen Charakter zu geben, aufgenommen wurde.

Zum Schluß zum lächerlichsten Vorwurf, der gegen uns erhoben wurde: das Abgehen vom "Internationalismus". Unsere Kritik an der KPÖ und im weiteren Sinne an der Sowjetunion fußt im wesentlichen darin, daß wir die aus sowjetischer "Staatsraison" gefaßten Entschlüsse nicht als Kriterium des Internationalismus betrachten.

Wir anerkennen die positive Rolle der Sowjetunion als dem stärksten Gegner des amerikanischen Imperialismus, aber sind wir deshalb verpflichtet, die Haltung der Sowjetunion in Fragen Indonesiens, Griechenland, Latein Amerika, Persien, Naher Osten kritikal hinzunehmen?

Entschieden lehnen wir jede direkte Einmischung in die Angelegenheit anderer kommunistischer Parteien und linken Bewegungen ab. Unsere Praxis im Vietnambüro, in Fragen Griechenland usw. beweisen, daß wir uns bewußt sind, daß der Internationalismus wesentlicher Bestandteil des nationalen Kampfes sein muß.

Die FÖJ ist nach wie vor bereit, in konkreten Fragen mit allen linken Kräften, einschließlich der KPÖ, zusammenzuarbeiten.

Die FÖJ hat von sich aus nicht den Bruch mit der KPÖ herbeigeführt. Für die Ausführung des Polbürobeschlusses und den daraus folgenden politischen Konsequenzen trägt die derzeitige KPÖ-Führung die Verantwortung.

Bundesleitung der FÖJ

Hoch die interventionistische Solidarität?

Am 27. April 1978 stürmte eine Panzerabteilung der afghanischen Armee den Palast des Präsidenten Daud in Kabul. Teile der Luftwaffe schlossen sich an, und nach zwei Tagen konnte sich eine neue "revolutionäre" Regierung der Weltöffentlichkeit vorstellen. Der recht blutig verlaufene Umsturz sollte in der Perspektive der neuen Regierung das "Modell einer neuen Art von Revolution" begründen. Inzwischen sind fast eineinhalb Jahre vergangen. Fraktionskämpfe innerhalb der herrschenden Khalq-Partei ("Partei des Volkes"), Säuberungen, Terrormaßnahmen, steckengebliebene Reformen und brutale Repressionen gegenüber allen, die irgend etwas gegen die Regierungspolitik einzuwenden haben, charakterisieren die momentanen Verhältnisse. Einen vorläufigen innenpolitischen Höhepunkt erreichte die Tragödie der sich selbst und andere verschlingenden Revolution mit der fast cowboyfilmhaften bewaffneten Auseinandersetzung im Revolutionsrat Ende September 1979. Der 18 Monate als "großer und weiser Führer des afghanischen Volkes" gepriesene Ministerpräsident Taraki wurde erschossen und sein "bester und erster Schüler", Haffizullah Amin, wurde sein Nachfolger. Die in seiner Person vereinigten Ämter geben ihm eine Machtfülle, wie sie bislang nur wenige afghanische Könige jemals hatten.

Schwer abschätzen läßt sich die Zahl der Menschen, die bei den Bombardierungen in den Gegenden Kunar, Nuristan, Dara-i Suf, Panjshir, Herat, Badkhschan, Baghlan, Dasht-i Shadiyan, Balkh, Uruzgan, Bamiyan usw. umgekommen sind. Oppositionelle Gruppen geben die Anzahl der Todesopfer einzelner Bombereinsätze, etwa in Herat und Bamiyan in einer Größenordnung von ungefähr 10.000 an. Kampfhubschrauber und MIG 21 sind bei der Unterdrückung der aufständischen Bevölkerung weit wichtiger als die Bodentruppen der afghanischen Armee.

Nach der Machtübernahme der Khalq-Partei gab es eine Art Generalamnestie für politische Gefangene des vorhergegangenen Daud-Regimes. Inzwischen sind die Gefängnisse mit politischen Häftlingen der Khalqqis längst wieder gefüllt bzw. überfüllt. Allein im Pul-i Charkhi-Gefängnis (einem der drei Haftanstalten Kabuls), das für 5.000 Häftlinge gebaut worden war, sitzen inzwischen nach der erwähnten Flugschrift 15.000 Gefangene. Zahlreiche Privathäuser in verschiedenen Stadtteilen der Hauptstadt, deren Besitzer verhaftet oder geflüchtet sind, zum Teil auch einfache Autobusse, wurden zu Notgefängnissen umgewandelt. Entlassene Häftlinge berichten von grausamen Folterungen durch Schläge und Elektroschocks. Eine Atmosphäre der Angst, Bespitzelungen und Denunziation hat sich ausgebreitet.

Schätzungen über die Gesamtzahl der politischen Gefangenen bewegen sich um die 50.000. Zeitweise werden 30 bis 50 Gefangene täglich umgebracht.

1,5 bis 2 Millionen Flüchtlinge

Das Ergebnis dieser Repressionen ist eine anhaltende Massenflucht in die Nachbarländer Iran und Pakistan. Wenn diese Flüchtlinge bei uns überhaupt zur Kenntnis genommen werden, dann ist meistens von den etwa 200.000 Menschen die Rede, über die Pakistan das UN-Flüchtlingskommissariat informiert hat. Der Bericht eines ZDF-Teams, das in einem kleinen Abschnitt der pakistanischen Grenzregion (vom Khyberpass bis Chitral), in dem sich nach den offiziellen pakistanischen Angaben zwei Flüchtlingslager befinden, zehn solcher Lager mit durchschnittlich je 60.000 Flüchtlingen vorgefunden hat, zeigt allerdings, daß das wahre Ausmaß des Flüchtlingsstroms weit höher liegt. Nach diesen Angaben kann angenommen werden, daß insgesamt eineinhalb bis zwei Millionen, also etwa jeder zehnte Afghane, geflüchtet sind. Es ist zu befürchten, daß sich auch diese Zahl noch erhöhen wird, denn gerade in diesen Tagen hat das afghanische Militär einen großangelegten Angriff gegen die

Rebellen eingeleitet, der jüngsten Begebenheit zufolge mit einer Niederlage der Aufständischen endete.

Das Spektrum der politischen Gruppierungen, die in der einen oder anderen Form bewaffneten Widerstand leisten, reicht von der äußersten Rechten bis hin zur äußersten Linken. Sie alle verbindet das Streben nach nationaler Unabhängigkeit, das heißt gegen den zunehmenden Einfluß der Sowjetunion. Es sind vor allem die islamischen Gruppen, die immer mehr an Bedeutung zugenommen haben und deren Anhänger weite Teile des Landes kontrollieren.

Versteinerung der Verhältnisse

Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Weite Teile des Landes sind wirtschaftlich nicht nutzbar. Bodenschätze sind nur geringfügig vorhanden. Eine ca. 12-15 Millionen umfassende Bevölkerung – darunter etwa zwei Millionen Nomaden – lebt zu 75-90% im landwirtschaftlichen Bereich. Nicht auf den Markt bezogene Landwirtschaft ist vorherrschend. Nur an die 40.000 Industriearbeiter sind in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt. Auf der politischen Ebene ist das Land noch stark durch traditionelle Organisationsformen geprägt. Verwandtschaft- und Stammesbindungen spielen dabei die Hauptrolle. Sie bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die verschiedenen Formen von Produktion und Verteilung. Diese Verhältnisse wurden durch die politische Zentralisierung Ende des 19. Jahrhunderts nicht aufgebrochen. Die imperialistische Konkurrenz zwischen Rußland und Großbritannien um den Mittleren Orient und den indischen Subkontinent hatte Afghanistan seit 1879 eine Existenz als Pufferstaat zwischen den beiden Großmächten beschert. Der Effekt dieser Neutralisierung bestand lediglich in der Ziehung staatlicher Grenzen und einer Zentralisierung des Landes auf politischer Ebene, doch blieben die grundlegenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse auf den Dörfern, in denen ca. 90% der Bevölkerung lebten und auch heute noch leben, fast völlig unberührt. Afghanistans Weg in die Unterentwicklung begann paradoxerweise nicht mit der Einbeziehung in den kolonialen Weltmarkt, sondern umgekehrt: durch die Auskoppelung aus den Weltmarktbeziehungen wurden die traditionellen Verhältnisse versteinert.

Soziale Strukturen der Dörfer

Angehörige der dörflichen Oberschicht hatten immer schon die Funktion, die ortsansässige Bevölkerung vor Übergriffen des Staatsapparates, insbesondere der Steuereintreiber, zu schützen. Diese Mittelsmänner werden in Afghanistan Khan oder Malik genannt. Ihrer Mittlerfunktion nach außen steht im Innern des Dorfes oder einer Region

die Ausübung ökonomischer und politischer Macht zur Seite. Sie sind Grundbesitzer, Bazarhändler, Schlichter in Rechtsstreitigkeiten, gelegentlich auch religiöse Funktionäre. Durch Pachtverhältnisse und Verschuldung sind die Bauern auf vielerlei Weise von ihnen abhängig. Gleichzeitig haben diese Mittelsmänner gegenüber den Abhängigen jedoch bestimmte gesellschaftliche Verpflichtungen zu erfüllen. Um sich die Loyalitäten der Abhängigen zu sichern, sind sie gezwungen, in schwierigen Situationen durch die Stundung von Schulden, durch die Leihe von Geld und Naturalien sowie andere Leistungen zu helfen. Auf diese Weise fühlt sich der Bauer eher seinem Khan und Malik als Klassengenossen aus der Nachbarregion verbunden.

Diese "feudalen" und "präfeudalen" Verhältnisse sollten durch eine Reihe von Gesetzen und Erlassen aufgebrochen werden, um die Loyalitäten der Abhängigen auf die Ziele der neuen Regierung umzupolen. Dabei war an eine Neuregelung bestimmter Verschuldungspraktiken, die Abschaffung des Brautpreises, Beschleunigung der Gerichtsverfahren, die Gründung landwirtschaftlicher Kooperation, vor allem aber an eine Neuverteilung des Grundeigentums gedacht. Für 680.000 landlose Bauern oder Pächter sollten ca. 680.000 ha Land zur Verteilung kommen – so die "Kabul Times" vom 31.1. und 1.2.1979. Wer über 6 ha guten Boden besaß, sollte entschädigungslos enteignet werden. Das betraf ca. 40.000 Grundbesitzer, die zugleich die traditionelle ländliche Oberschicht bildeten. Während die ersten Initiativen der Regierung die ökonomische und politische Stellung der dörflichen Oberschicht noch nicht infragestellten bzw. unterlaufen werden konnten, berührte die Landreform die vitalen Interessen dieser Schicht und aktivierte ihren Widerstand. Auffallend war, daß gerade die abhängigen Pächter und Landarbeiter, die ja eigentlich die Hauptnutznießer und Protagonisten des Programms sein sollten, häufig nicht mit in die Provinzen abgesandten Landreformkommissionen zusammenarbeiten. Hier mag sowohl der Druck von Seiten der dörflichen Oberschicht mitgeholfen haben, aber auch die berechtigte Frage, ob der Staat oder die neue Regierung überhaupt in der Lage sein würden, ihnen auch weitere Hilfestellung zu leisten.

Vom spontanen Widerstand zum Volksaufstand

Die Ausführung des Landreformprogrammes erstreckte sich von Anfang Dezember 1978 bis Anfang Juli 1979. Während dieser Zeit wandelte sich der Charakter des Widerstandes gegen das herrschende Regime von spontanen und sporadischen Aktionen zu einem

regelrechten Volksaufstand und Bürgerkrieg. Die anfänglichen Überfälle auf Parteimitglieder, Landreformkommissionen, Polizeistationen und Militärgarnisonen in entlegenen Gebieten zeigten die Ineffektivität der Zentralgewalt in diesen Regionen auf. Nach innen bewirkte dies den Verzicht vieler landberechtigter Bauern und Pächter auf ihre Ansprüche, "da es später bestimmt Streit um die erhaltenen Parzellen geben" würde. Nach außen wiederum setzten derartige Aktionen die Zentralgewalt unter den Zugzwang, ihre Präsenz auch in den abgelegensten Landesteilen unter Beweis zu stellen. Sie tat dies mit allen ihr zu Gebote stehenden militärischen Mitteln.

Die Nachrichten von grausamen Strafexpeditionen und Bombardierungen verbreiteten sich schnell und gingen in die Propaganda der Oppositionsgruppen ein. Die Regierung wurde immer weniger nach ihrem eigentlichen Programm als an dem Ausmaß der Repression, mit der sie dieses durchsetzen wollte beurteilt.

Von westlichen Kommentatoren wurde zwar die Landreform anfänglich begrüßt, doch ihre angeblich überhastete Durchführung für die Schwierigkeiten der Regierung verantwortlich gemacht. Diese Ansicht kann jedoch aus gutem Grund bezweifelt werden. Es ist weniger die Eile, mit der das Landreformprogramm durchgezogen wurde, sondern das völlige Fehlen von Mitteln für ergänzende und begleitende Maßnahmen, ohne die die bloße Umverteilung des Bodens wirkungslos bleiben muß. Es nutzt den Bauern wenig, wenn sie per Dekret zu Eigentümern des ehemaligen Pachtlandes erklärt werden, doch gleichzeitig vom Bruder Grundherrn im Bazar kein Saatgut und keine Lebensmittel für den Winter mehr bekommen. Der Bauer wird aus dem dörflichen Gegenseitigkeitssystem, das ihn zwar ausbeutet, doch gleichzeitig auch sein Überleben sichert, hinauskatapultiert. Die Regierung ist nicht in der Lage, die Funktion der dörflichen Mittelänner zu übernehmen.

Mißglückte Revolution von oben

Die politische Programmatik der Regierung erweist sich insbesondere angesichts der Landreform als platte Übernahme "realsozialistischer" Vorstellungen von Klassengesellschaft. Für eine sozialistische Politik in einer vorkapitalistischen Gesellschaft kann aber nicht allein die Veränderung der Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln zum Kriterium gemacht werden. Das komplexe System innerdörflicher Vernetzung und Abhängigkeiten muß zugleich berücksichtigt werden. Die heutigen Schwierigkeiten der Regierung sind großteils darauf zurückzuführen, daß sie die Loyalitäten der einfachen

Bauern nicht gewonnen hat. Im Gegenteil: ihre Maßnahmen haben dazu geführt, die alten Loyalitäten im Dorf zu festigen und im Widerstand gegen die Regierung zu vereinheitlichen. Die Vorwärtsstrategie der Machthaber hat den Konflikt verschärft und eine noch stärkere Polarisierung zwischen den wenigen regierungstreuen Anhängern und breiten Masse der Bevölkerung bewirkt. Die Staatsführung ließ sich dabei auf einen Mehrfrontenkampf ein, der nun auch die letzten Mittel der Reformvorhaben aufzehrt. Gäbe es nicht die Unterstützung durch die UdSSR, wäre die Regierung wohl kaum mehr an der Macht. Von Reformprogrammen redet das Regime auch schon seit geraumer Zeit fast nicht mehr.

So hat die Regierung den Weg zur Veränderung dreifach verbaut: 1. Ein Zurück zu einem Kompromiß mit oppositionellen Kräften gibt es nicht mehr; 2. für eine Weiterführung wie auch immer gearteter Reformpolitik besteht kaum noch Spielraum; 3. auch die nicht-religiöse Linke außerhalb der Khalq-Partei hat auf absehbare Zeit keine Chance mehr, die Bevölkerung für eine soziale Umgestaltung zu mobilisieren.

*Afghanistan-Gruppe
taz, 14.11.79*

Postscriptum

Die militärische Intervention der SU, bewaffnete Absetzung eines mißliebigen und Einsetzung eines beliebigen Statthalters in der Hauptstadt eines fremden Landes haben ein neues Kapitel sowjetischer Außenpolitik aufgeschlagen. Das ist nicht Budapest 1956 oder Prag 1968. Das waren gewiß ebenso brutale Eingriffe in die

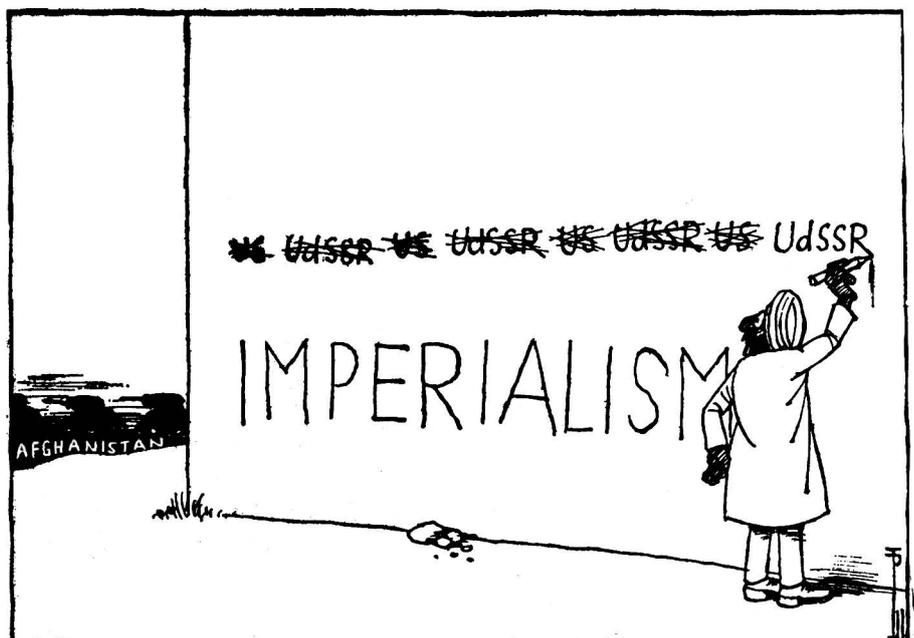
inneren Angelegenheiten anderer Völker. Mit dem Unterschied, daß die SU dort für ihren (notfalls bewaffneten) Anspruch auf die territoriale Zugehörigkeit dieser Länder zu ihrem politischen Machtbereich vertraglichen Garantien anderer Großmächte in der (nicht blutbefleckten Hand) vorweisen konnte.

In Kabul 1980 ist sie mit beiden Händen am blutigen Werk der militärischen Unterwerfung eines ganzen Volkes, das neben der Tatsache, eines der ärmsten der Erde zu sein, nur das Pech hat, als "Anrainer-", "Puffer-", als "geostrategisch" wichtiger Staat im Mittleren Orient mit der SU benachbart zu sein.

Angesichts solcher Aktionen sind wir, kritische, unabhängige Linke, gedrängt, auch andere "brüderliche Hilfeleistungen" der SU und ihrer treuesten Verbündeten DDR und Kuba in der Dritten Welt in einem neuen Licht zu sehen, in welchem die systematische Zerschlagung der eritreischen Befreiungsfronten heute nur als ein Vorspiel zum erschütternden Drama in Afghanistan erscheint.

Wem stirbt da nicht endgültig der Ruf in der Kehle: "Hoch die internationale Solidarität!" – steht doch genau diese Losung – wieder einmal – als Teil einer verlogenen "Begründung" in der "Prawda". Und jene lichten und lichter werdenden Scharen, die diese Losung, die einst alle Gegner des *einen* Imperialismus vereinigt hat, noch immer rufen, lassen dabei – wissentlich oder unwissentlich – in Wirklichkeit eine andere, die *int erventionistische* Solidarität hochleben. Diese ist heute der *andere* Imperialismus. Von "sozial" keine Spur. Ein passender Name wird dringend gesucht.

Z.



Seit sechs Jahren wird in Afghanistan ein erbitterter Kampf um die Macht geführt, wechseln die Personen an der Spitze des Landes am Hindukusch-Gebirge.

Nachfolgend die Etappen dieser Entwicklung:

17. Juli 1973: Staatsstreich des ehemaligen Ministerpräsidenten Mohammed Daud und Ende der Monarchie seines Schwagers, König Zair. Die Republik wird ausgerufen.

30. Juli 1977: Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit der Sowjetunion auf 30 Jahre.

27. April 1978: Blutiger Militärputsch der Führer der prokommunistischen Afghanischen Volkspartei. Mohammed Taraki als Führer des "Khalk"-Flügels der Partei und Babrak Karmals "Parcham"-Flügel sind dabei die ideologischen Architekten. Präsident Mohammed Daud wird gestürzt und getötet.

30. April 1978: Taraki wird zum Präsidenten des Revolutionsrates, Staatschef und Ministerpräsidenten ernannt. Die "Demokratische Republik Afghanistan" wird ausgerufen.

17. August 1978: Ein versuchter Staatsstreich scheitert. Verteidigungsminister General Abdul Kadir kommt mit seinen Komplizen hinter Schloss und Riegel.

2. Dezember 1978: Verkündung einer Landreform. Taraki unterzeichnet in Moskau einen "Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit".

12. März 1979: Drei moslemische Widerstandsgruppen rufen zum gemeinsamen Kampf gegen die "kommunistische und antireligiöse" Regierung Taraki auf.

27. März 1979: Hafizullah Amin, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister, wird Regierungschef.

5. August 1979: Ein Putschversuch von Militärs und oppositioneller Moslems gegen Taraki schlägt fehl.

19. August 1979: Die oppositionelle Bewegung "Hezbi Islami" gründet eine "islamische Regierung" in der "befreiten" Provinz Razmat.

16. September 1979: Hafizullah Amin reißt in einem Putsch alle Macht an sich. Sein ehemaliger Kampfgefährte und Vorgänger Taraki stirbt zwei Tage nach seiner Rückkehr nach Moskau, wo er das Vertrauen der Sowjetführung erhalten hatte.

Einer der afghanischen Oppositionsführer, Gailani, erklärte zu diesem Putsch

inmitten eines Bürgerkrieges, der seit April 1978 über 300.000 Tote und Vermisste forderte, Taraki sei ermordet worden.

27. Dezember 1979: Putsch. Kamal Babrak stürzt mit Unterstützung sowjetischer Truppen Hafizullah Amin, der nach einem Blitzprozeß hingerichtet wird.

Radio Kabul hat noch am Freitag eine Erklärung der Demokratischen Republik Afghanistan veröffentlicht, die den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan rechtfertigen sollen. Darin heißt es: "Die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan hat sich unter Berücksichtigung der fortgesetzten und sich ausweitenden Einmischung und der Provokationen der äußeren Feinde Afghanistans, mit dem Ziel der Verteidigung der Errungenschaften der April-Revolution, der territorialen Unabhängigkeit sowie der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit, unter Berufung auf den Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5. Dezember 1978 mit dem dringenden Ersuchen um die Gewährung sofortiger politischer, moralischer und wirtschaftlicher Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, an die UdSSR gewandt. Die Regierung der Sowjetunion kam dem Ersuchen der afghanischen Seite nach."

Wallfahrt nach Afghanistan



Zwischenwahl oder Zwischenfall?

Am 2. Dezember 1979 waren 6,75 Millionen Portugiesinnen und Portugiesen zu Zwischenwahlen aufgerufen. Die Wahlen brachten einen Sieg für die "Demokratische Allianz", dem Wahlbündnis der Rechten. Bedeutet dieser Wahlsieg nur einen Zwischenfall oder das parlamentarische Begräbnis der Revolution von 1974/75?

Allgemein wurde eine schlechte Wahlbeteiligung erwartet und ein Sieg der Rechten schien für viele Beobachter wahrscheinlich. Mit 87,5 Prozent Wahlbeteiligung verwiesen die Portugiesen, die prognostizierte Staatsverdrossenheit ins Reich der Legenden. Daß diese Wahlen auch als Zwischenwahlen ernst genommen wurden, lag vor allem daran, daß die Rechte (CDS), wörtlich übersetzt "Soziales Demokratisches Zentrum", die ehemalige PSD, heute PSD, wörtlich übersetzt "Sozialdemokratische Partei", mit der kleinen "Monarchistischen Volkspartei" (PPM) eine Wahlallianz gebildet hatten – die AD "Demokratische Allianz." Auf Grund des portugiesischen Wahlgesetzes können sich Parteien zu Allianzen zusammenschließen, damit werden die Stimmzahlen zusammengezählt und 45 Prozent der abgegebenen Stimmen genügen für die absolute Mehrheit im Parlament. Von diesem Gesetz hat bisher die PSP (Sozialistische Partei Portugals) als stärkste Partei profitiert. Es war vorauszusehen, daß die PS Stimmen verlieren würde, dennoch hat sich die Partei von Mario Soares geweigert, eine Allianz mit der PCP (KP Portugal) einzugehen.

Obwohl diesmal eine Reihe von kleinen Linksparteien und Gruppen im Interesse

einer Erhaltung der linken Parlamentsmehrheit empfahlen "nützlich" zu wählen, das heißt jene Linkspartei zu unterstützen, die im Wahlkreis die größte Chance hat den Kandidaten durchzubringen, ergibt sich heute die Situation, daß 50 Prozent des portugiesischen Volkes links gewählt haben, aber nur mit 121 Mandaten, das heißt 49 Prozent im Parlament vertreten sind. Die Rechte dagegen mit knapp 45 Prozent der Stimmen, mit 125 Sitzen (51 Prozent) übervertreten ist.

Diese Zahlen sollen die "linke Wahlniederlage" nicht bagatellisieren, aber sie zeigen doch deutlich, daß von einer Absage des portugiesischen Volkes an die "sozialistischen Experiment", wie dies die Presse bei uns kommentiert, keine Rede sein kann.

Die Wahlniederlage geht auf Kosten der PS

Wenn sich auch die Niederlage auf die ganze portugiesische Linke auswirken wird, muß doch festgestellt werden, daß es die PS ist, die außer im Wahlkreis Guarda, in allen Wahlkreisen Stimmen verloren hat. Auffallend ist, daß in Wahlkreisen im Süden (Landesreform-Region), Lissabon und die Industrievorstädte des Wahlkreises Setubal, die Verluste am größten sind: Evora 13,7 Prozent (PCP von 43,0 Prozent auf 48,8 Prozent), Beja -9,9 Prozent (PCP von 44,0 auf 50,7 Prozent), Faro (Alentejo) -10,8 Prozent (PCP von 14,5 auf 20,2 Prozent). Setubal 10,8 (PCP von 44,3 auf 46,9 Prozent), Lissabon -12,5 Prozent (PCP von 21,8 auf 26,1 Prozent).

In Porto im nördlichen Industriezentrum gingen die Stimmen der PS dagegen nur um 5,9 Prozent zurück (PCP von 8,4 Prozent auf 14,5 Prozent). In traditionell konservativen Wahlkreisen der ländlichen Regionen Nord- und Mittelportugals gingen die Stimmen der PS nur wenig zurück und die PCP konnte die Wahlrückschläge der PS auffangen: Braga; PS -1,9 Prozent, PCP +5,9 Prozent, Viseu; PS -1,8 Prozent, PCP +3,2 Prozent, Castelo Branco (Kleinindustrie) PS -8,8 Prozent, PCP +5,8 Prozent, Viana Castelo -0,9 Prozent, PC +3,2 Prozent, Guarda PS +1 Prozent, PC +2,5 Prozent, Braganca PS -0,5 Prozent, PC +3,1 Prozent.

Während die Stimmenverluste der PS im Norden von der KP aufgefangen wurden, gingen sie im Süden und den industriellen Zentren zu einem größeren Teil an die rechte Allianz verloren. Die PS als Bollwerk gegen den Kommunismus hat seine Schuldigkeit getan und die bürgerlichen Wählerstimmen der PS von 75/76 sind zur rechten Allianz abgewandert.

In Nord- und Mittelportugal, wo der Einfluß der Kirche nach wie vor stark ist und bei den Wahlen 75/76 wie auch bei diesen Wahlen offen zu Gunsten der bürgerlichen Parteien Wahlvorschriften an die Gläubigen gemacht wurden, vermochte die PS nur die fortschrittlichen Arbeiter und Bauern für sich zu gewinnen. Die PC war im Norden bedeutungslos und kämpfte auch 75/76 unter massiven Einschüchterungsversuchen von Seiten der Rechten.

Dies ist sicher nur ein Teil der Erklärung der Wahlschlappe der PS. Zweifellosgab es auch viele Randwähler, die frustriert von der Unfähigkeit der bisherigen Mehrheitspartei PS sich

dem bürgerlichen Wahllager zuwandten. Die Versuchung war für viele Wähler groß, es einmal mit der AD zu versuchen, da vom vornherein klar war, daß bei einem Resultat wie 76 Portugal weiterhin nicht regierbar wäre.

Was bedeuten die Wahlen nun aber für Portugal

* Nach dem Sturz der Regierung Goncalves und der Zerschlagung der demokratischen Strukturen innerhalb der Streitkräfte, mit der defakto Auflösung des MFA, als Folge der Ereignisse vom November 75, gerieten die Machtmittel des Staatsapparates, Armee, Polizei und paramilitärische Polizeitruppe GNR wieder unter die Kontrolle der Rechten. Die "Gemäßigten Kräfte" im ehemaligen MFA, die Gruppe Melo Antunes befanden sich plötzlich an den linken Rand gedrängt. Sogenannte „unpolitische“ Offiziere, wie der heutige Staatspräsident Eanes wurden zu Mittlern zwischen den neuen Fronten.

* Die Wahlen 76 bestätigten die Linksmehrheit im Parlament. Die Weigerung der PS, mit einem auf die linke Mehrheit aufgebauten Regierungsprogramm in Absprache mit der KP zu regieren, verhinderte die Durchsetzung eines linken Programms. Die PS versuchte es mit einer Minderheitsregierung mit wechselnden Unterstützungen von links und rechts, dann mit Koalitionen mit dem rechten CDS und als das auch nicht mehr ging, wurde das Land durch "Präsidential-Regierungen" mehr verwaltet als regiert.

Die rechte Regierung unter dem dissidenten PPD-Mann Mota Pinto wurde abgelöst durch die linkskatholische Frau Maria Lurdes Pintasilgo. Diese Regierung war zur Zeit das beste, was Portugal passieren konnte.

Jedenfalls stoppte sie die Landrückgaben, die unter der PS-Regierung auf Grund der PS-Landwirtschaftsgesetze begannen und unter der Regierung Mota Pinto zu einer eigentlichen Landraubpolitik führte und die Landreform ernsthaft in Gefahr brachte.

* Die knappe Mehrheit der AD wird Sa Carneiro zum Ministerpräsidenten machen. Er wird jedoch sein Wahlversprechen, Änderung der 1975 beschlossenen, eine sozialistische Entwicklung anvisierende Staatsverfassung nicht realisieren können, denn dazu braucht er die Zweidrittelmehrheit. Er wird jedoch die Gesetze, die von der Soares-Regierung ausgearbeitet wurden, wie das Landwirtschaftsgesetz aber auch Gesetze, die die Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben betreffen (zum Beispiel das von der PS Regierung aufgehobene Vetorecht der Gewerkschaften bei Entlassungen), extensiv ausnützen.

* Es wird davon abhängen, wie sich die insgesamt geschwächte Linke verhalten wird. Wird es jetzt unter den Bedingungen der Opposition möglich, daß sich die Linksparteien zu einer sachlichen Zusammenarbeit durchringen? Die verfassungsmäßig festgelegten Wahlen vom Oktober 1980 könnten dann ein anderes Resultat bringen und den jetzigen Wahlsieg der Rechten zu einem bloßen Zwischenfall degradieren.



Nachdenken über die Türkei

Die Senatsteilwahlen in der Türkei im Oktober 1979 haben einen Regierungswechsel zugunsten der Rechten gebracht. Noch einmal ist es Demirel, dem Chefpolitiker der Rechten, gelungen, Regierungsfunktion zu übernehmen. Der charismatische sozial-demokratische Parteiführer Ecevit mußte wieder in die Opposition gehen; diesmal allerdings mit vielen Nachteilen im Vergleich zu seinen früheren Oppositionsjahren. Er hatte an Charisma und Glaubwürdigkeit bei den Volksmassen verloren. In seiner Partei hatte sich eine Opposition gebildet, die gegen ihn und seine Frau gerichtet war.

Eine andere linke Alternative hat nicht entstehen können, obwohl mehrere linke und sozialistische Parteien kandidiert haben: die moskautreuen Parteien und Gruppen erhielten ungefähr 50 000 Stimmen; die kleine unabhängige Sozialistische Revolutionspartei machte einen Aufschwung und erhielt in Istanbul etwa 11.000 Stimmen. Das war vielleicht ein Signal dafür, daß eine nicht stalinistische Linke in der Türkei sich formiert; an den Kräfteverhältnissen änderte es aber nichts: die Rechte siegte.

In der Nato-Westflanke war schon ein konservativer Trend deutlich. England und Portugal sind Beispiele dafür. Nun ist auch die Ostflanke an der Reihe. Die Verteidigung der "freien Welt" ist gesichert . . .

Der Unterschied zwischen England und der Türkei ist klar. Sowohl die Strukturen als auch die Probleme sind anderer Natur. Hier sind Probleme eines halb-industrialisierten Landes, dort die Probleme einer kapitalistischen Industriegesellschaft, einer aufgelösten Kolonialmacht.

Mit Portugal gibt es schon einige Ähnlichkeiten: das unausreichende Industrieniveau, der hohe Anteil der Agrarbevölkerung, etc. Dazu kommt die wachsende Rolle und Intervention eines

Monsters, des Internationalen Währungsfonds (IWF) in beiden Ländern – mit katastrophalen Forderungen und Maßnahmen,

Der Vormarsch der Rechten in der Türkei hat natürlich eine innere Dynamik, aber daneben auch eine externe (eine

ausländische, wenn wir wollen), die ich jetzt kurz behandeln möchte.

Der Schah, die Nato und Zypern

Die erste externe Komponente ist die iranische Revolution; diese unerwartete "Wiedergeburt des Islams" oder was immer; der Sturz des Schah von Iran



*Türkische Faschistendemo
in Köln am 20.5.79*

*10/10
10/79*

und die sich daraus ergebenden Entwicklungen im Nahen Osten. Und die zweite Komponente ist das Zypernproblem, besser gesagt die Beziehungen und Konflikte zwischen Griechenland und der Türkei, oder am besten gesagt die gesamte Problematik der Beziehung der Türkei mit dem Westen.

Seit vielen Jahren spielte sich in der Türkei ein Demokratisierungsprozeß ab. Für ein unterentwickeltes abhängiges Land setzten sich ungewöhnliche Freiheiten und demokratische Rechte durch. Die Bewegungsmöglichkeiten der Natokräfte wurde immer schmaler; sogar der einfachste Mensch sagte, daß der Platz der Türkei nicht im Westen sondern sich im Nahen Osten befindet.

Und solange der iranische Schah an der Macht blieb und der Iran die Gendarmerie übernahm und die Türkei ersetzte, schaffte dieser Demokratieprozeß keine besonderen Sorgen für die großen NATO-Partner. Mit ihren ökonomischen Problemen und Schwierigkeiten wurde die Türkei sogar eine Belastung. Und als die türkische Intervention in Zypern zustandekam, wurde sie vollends unerträglich. Als die Türkei auf ihre Rechte im Ägäischen Meer beharrte, gegen die Wiederaufnahme Griechenlands in die NATO-, Militärorganisationen ihr Vetorecht benutzte usw. verschärfte sich die Unzufriedenheit und Wut gegen die Türkei. Ungeachtet ihrer innenpolitischen Position sind die türkischen Regierungen unter dem Druck der Bevölkerung von den durch die NATO und das westliche Bündnissystem festgesetzten Grenzen abgewichen, haben ihre passive Außenpolitik verlassen und eine neue Orientierung gesucht. Das durch die ständige "Verwestlichung" abgekühlte Verhältnis der Türkei zu den anderen islamischen Ländern bzw. zu den Ländern der Dritten Welt wurden verbessert: so nahm zum Beispiel Libyen einen wichtigen Platz in der türkischen Außenpolitik ein. Mit Algerien, Irak und Syrien einerseits, mit Jugoslawien und Rumänien andererseits wurden die Beziehungen vertieft, konkrete Projekte für Zusammenarbeit unternommen. Griechenland und Israel, die durch das westliche Bündnissystem gezwungenen Freunde der Türkei, verloren immer mehr an Gewicht in der türkischen Außenpolitik, wenn es auch nicht zum offenen Konflikt kam.

Diese Entwicklung hatte reale Folgen. Die sechste US-Flotte durfte die türkischen Häfen nicht mehr benutzen. Die US-Flugzeuge durften von den türkischen Stützpunkten aus nicht mehr militärisches Material nach Israel transportieren; die US-Spionageflugzeuge (U 2) konnten nicht mehr von der Türkei starten usw. Und inzwischen baute die Sowjetunion in der Türkei große Aluminium- und Stahlwerke.

Schließlich war die Reaktion der Türkei auf den griechischen Putsch der Junta auf Zypern ein Schock für das westliche Bündnissystem. Zwei Bündnispartner konnten jeder Zeit in einen bewaffneten Konflikt geraten. Das wäre das Ende des Bündnissystems. Und da begannen die Versuche zur Disziplinierung des verwöhnten Partners der Türkei. Das US Waffenembargo, die ablehnende Haltung der westlichen Zentren gegen die Kreditwünsche der ruinierten türkischen Finanzen und ähnliche Maßnahmen sollten die türkischen Politiker warnen. Da man wußte, daß der Iran des Schah und Ägypten unter Sadat die Aufgaben der Türkei erfüllen könnten, waren die aus dieser Bestrafung entstehenden sozialen und politischen Auswirkungen nicht wichtig.

Auswirkungen in der Türkei

Demirel und Ecevit hatten widersprüchliche Rollen in diesem Spiel. Demirel war der treue Mann des in- und ausländischen Kapitals. Er hatte aber durch rund zehn Jahre Regierungsfunktion viel an Prestige verloren. Seine Massenbasis wurde immer schmaler. Vor der wachsenden Unzufriedenheit und den Problemen zeigte er sich unfähig. Sein politischer Gegenspieler Ecevit genoß ein großes Ansehen, kristallisierte in sich die Hoffnungen für die Lösung sowohl sozialer wie auch nationaler Fragen (wie das Zypernproblem und Festlandsockel im Ägäischen Meer). Er war zugleich der einzige türkische Politiker (oder schien es zu sein), der die Initiative der türkischen Außenpolitik ergreifen konnte. Er hatte die Intervention auf Zypern befohlen, nun könnte er auch Konzessionen machen.

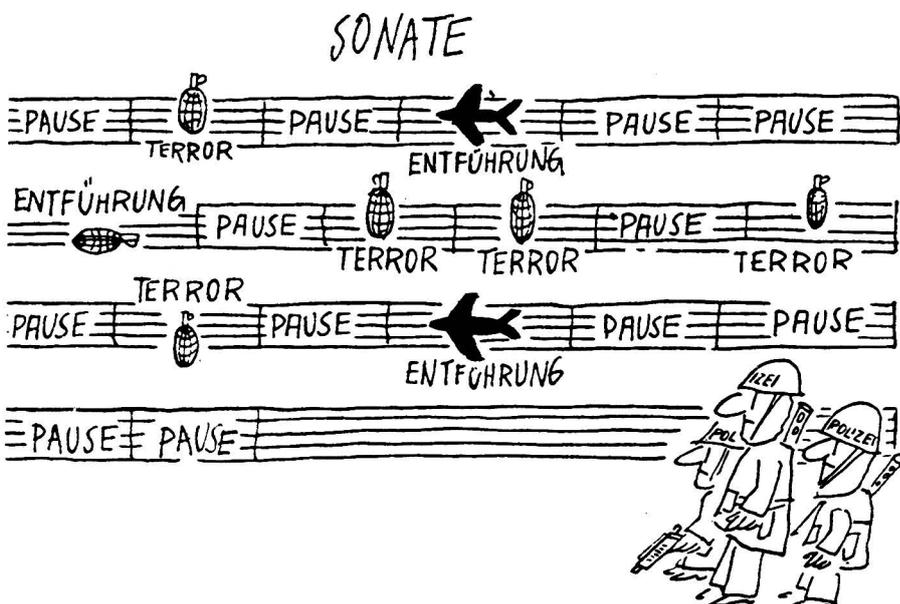
Gerade diese Einschätzung oder Vermutung machten ihn in den Augen der

westlichen Zentren zu einer Alternative gegenüber Demirel, obwohl sie von der Treue dieses Politikers (Demirels) viel überzeugter waren.

Mehr Demokratie für die Türkei und in der Türkei mit und unter Ecevit konnten sie dulden, sofern er bereit war, das Zypernproblem zu internationalisieren und erwünschte Konzessionen zu machen.

Die Europareise von Ecevit im Jahre 1978 (wobei er auch in Wien Station machte), wurde in den westlichen Zentren von Sympathien begleitet, war aber auch Beginn von Divergenzen. Er brauchte Kredite und Unterstützung, wollte aber das Zypernproblem nicht internationalisieren, sondern eher mit bilateralen Gesprächen zwischen Griechenland und Türkei lösen. Die westlichen Zentren sagten dagegen, daß die Türkei zuerst die griechischen Forderungen auf der politischen Ebene und die Bedingungen des internationalen Währungsfonds auf der wirtschaftlichen Ebene annehmen müßte. Erst dann könnte sie die Unterstützung bekommen.

Was wollte der Währungsfond? Abwertung der türkischen Währung, Beschränkung des Wachstums, Budgetausgleich, Beschränkung der Subventionen für staatliche Betriebe u. a. Diese Maßnahmen sollten dazu dienen, die türkischen Finanzen und Wirtschaft zu "stabilisieren." Die nicht zugestandenen Ziele waren indes andere. Die Türkei sollte das notwendige Milieu für die neue internationale Arbeitsteilung schaffen: Abwertung des Geldes würde heißen Verbilligung der türkischen Rohstoffe und der türkischen Arbeitskraft. Beschränkung der Subventionen für die staatlichen Betriebe würde heißen: ein Zuwachs am Anteil des privaten und ausländischen Kapitals in der Halbindustrialisierung u.a. Und das



türkische Volk sollte die Last tragen, wenn die Geldabwertung die Inflation und Preiserhöhungen verstärken würde.

Die Konzessionen an Griechenland waren zweierlei; diejenige, die direkt das Zypernproblem betrafen und diejenigen, die Griechenland selbst und das Bündnissystem interessierten. Wichtiger waren jedoch die Beziehungen mit Griechenland. Die Türkei sollte die griechischen Souveränitätsansprüche auf die Ägäis und die Kontrolle der zivilen und militärischen Luftwege im Namen der NATO durch Griechenland akzeptieren. Die ablehnende Haltung der Türkei gegenüber der Wiederaufnahme Griechenlands in die NATO sollte aufgegeben werden.

Khomeiny, Ecevit, Demirel

Die von Ecevit erhoffte Lösung wurde aber nicht Wirklichkeit. Seine Versuche, bilaterale Gespräche mit Griechenland aufzunehmen scheiterten daran, daß die griechische Regierung eher die Internationalisierung des Problems bevorzugte. Sie rechnete mit der griechischen Lobby in den U.S.A. und mit den Sympathien der europäischen Öffentlichkeit. Ein Konsens über die Ägäis, obwohl Karamanlis dazu geneigt war, scheiterte an der Konstellation der griechischen Innenpolitik. Pan-hellenistischer "Sozialist" Papandreaou blieb hart gegenüber den "Türken." Karamanlis hatte keinen Spielraum.

Die Wiederaufnahme Griechenlands in die NATO, die Frage der amerikanischen Basen in Anatolien und andere Probleme zwischen der Türkei und dem westlichen Bündnissystem blieben weiter bestehen. Da im Iran plötzlich die sogenannte "islamische Revolution" entstand und der Schah gestürzt wurde, intensivierte sich nun wieder das Interesse des Westens für die Türkei. Unter dem Schah-Regime konnten sich die westlichen Zentren militärisch bzw. politisch auf den Iran verlassen und teilweise auf die Türkei verzichten. Mit seinem starken Regime schien der Iran geeigneter zu sein die Gendarmenrolle oder die Rolle eines Subimperialisten (wie manche es ausdrücken) zu übernehmen.

Jeder informierte Leser wird sich daran erinnern. Nach Khomeynis Auftritt in der politischen Arena haben viele westliche bürgerliche Journalisten angefangen, einen zweiten Khomeyni in der Türkei zu suchen. Der Chef der islamistischen Heilspartei, Erbakan, wurde Verleumdungen ausgesetzt. Dann, als es klar wurde, daß die Türkei keinen zweiten Khomeyni haben würde, begann die Rede in den großen bürgerlichen Zeitungen (wie z.B. Neue Züricher, etc.) von der katastrophalen

Wirtschaftssituation der Türkei und die Notwendigkeit einer Wirtschaftshilfe. Die Wirtschaftshilfe sollte aber freilich im Zusammenhang mit den westlichen Interessen gewährt werden. Ecevit, der Dichter, der Sozialdemokrat mit menschlichem und westlichem Antlitz, aber zugleich ein Nationalist, war nicht mehr der geeignete Mann. Er hatte mit Tito und Ceausescu, mit Kaddafi und Khomeyni geflirtet. Man brauchte nun wieder einen treuen Partner, einen geprüften und neuüberprüften. Die Kredite, die man ihm versprochen hatte, bekam Ecevit nicht mehr, obwohl er das türkische Geld abgewertet und viele Währungsfondsbedingungen akzeptiert hatte.

Jetzt hat die Türkei wieder ihren Demirel: dick, demagogisch, und unpoetisch. Das verdankt sie nicht nur dem Westen. Auch Ecevit hat dazu beigetragen, da er die Lebensbedingungen des Volkes nicht geändert, die faschistischen Terrororganisationen nicht beseitigt hat. Da er mit einer komischen Koalitionsregierung (zwischen seiner Partei und 11 Unabhängigen) weder die nationalen noch die sozial-ökonomischen Probleme lösen konnte, und dank seiner Unfähigkeit, eine kohärente Politik zu betreiben, hat er verloren.

Man könnte vielleicht eines sagen: er hat den Bürgerkrieg verhindert oder verschoben. Er hat den Staatsapparat von der Ultra-Rechten teilweise säubern können, hat mit seinem subtilen Kurs zwischen dem Westen und der Dritten Welt die mögliche Basis für eine Intervention in Iran entzogen.

Und für das alles hat er schwer bezahlt für seine Unfähigkeit, in der Innenpolitik und für seine Fähigkeiten, in der Außenpolitik haben er und die türkischen Demokraten schwer bezahlt.

Nun: Auf der Tagesordnung von Demirel stehen vor allem Maßnahmen für die "Bekämpfung des Terrors" und die Wiederherstellung der guten Beziehungen der Türkei zum Westen.

Wie weit er seine sogenannten Anti-Terror Maßnahmen durchsetzen kann, die höchst wahrscheinlich gegen die Linken gerichtet sein werden, hängt auch von der Linken selbst ab.

Er und die Bourgeoisie, die er vertritt, haben auch ökonomische Ziele im Auge. Sie beabsichtigen die Reprivatisierung der verstaatlichten Bodenschätze. Im neuen Regierungsprogramm von 1980 werden Begünstigungen für das ausländische Kapital vorgesehen und Einschränkungen der staatlichen Industrieprojekte.

Die prowestliche Außenpolitik hat sich jedoch schnell verdeutlicht. In der letzten NATO-Sitzung (Dezember 1979) war der türkische Außenminister einer der eifrigsten Befürworter der US Vorschläge. Die von Ecevit eingestellten

Beziehungen zur EG werden wieder aufgenommen.

Der amerikanische Dank wurde vor kurzem in Washington durch Senator Robert Byrd geäußert. Er sagte: "Inzwischen hat die Haltung der türkischen Regierung vor den Ereignissen im Iran unser Vertrauen verstärkt. Ich sehe voraus, daß das US-türkische Verteidigungsabkommen für 1980 unterschrieben und praktiziert wird und eine Vermehrung der ökonomisch-militärischen Hilfe für die Türkei bringt. Die Türkei ist ein Teil des Westens . . ." (?)

(Die Türkei wird die militärische Hilfe bekommen; ob sie auch die notwendige Wirtschaftshilfe bekommen wird, werden wir sehen.)

Und es ist kein Zufall, daß die westeuropäische Öffentlichkeit gerade jetzt darüber informiert wird, daß im Iran eine große türkische Minderheit (Azerbaidshaner und Turkmenen ca. 12 Millionen) lebt. Eine "Minderheit" also von der man unter der 30-jährigen Schahherrschaft nichts gehört hatte. Es ist jetzt die höchste Zeit für eine Sympathiewelle für diese "Minderheit," um den "Fanatiker," den "alten Verrückten" Khomeyni ein wenig zu beunruhigen und zur "Ver-nunft" bringen zu können.

Und er, Khomeyni, ist damit beschäftigt, die Hoffnungen der Völker des Nahen Ostens – nicht nur des iranischen Volkes – zu vergewaltigen. Sein Archaismus, Irrationalität, Taktlosigkeit versperrt den Weg für jede Solidarität bzw. Zusammenarbeit. Die guten Ziele wie die Neuorientierung an eigenen Werten, an einer neuen Bewertung der positiven Elemente der islamischen Zivilisation und des Islams selbst, eine geistig-moralische Befreiung von der Hegemonie des Westens (d.h. nicht Ablehnung des schöpferischen Gedankenguts des Westens!) werden durch Wahnsinn unmöglich gemacht. Im Namen des "echten Islam" werden nicht die entwickelten Werte und Künste der damals blühenden islamischen Zivilisation wie die abbassidische andalusische oder osmanische untersucht, erforscht, analysiert, sondern wird eine Primitivität, eine unterentwickelte Kulturlosigkeit oder besser gesagt die Kultur der Unterentwicklung gepredigt und hochgespielt. Die mögliche Realisierung einer Synthese der eigenen kulturellen Tradition mit der Befreiung und dem Fortschritt wird nicht versucht, sondern Unterdrückung der Frauen, Unterdrückung der Minderheiten und letztlich eben Unterdrückung des Menschen.

Im Nahen Osten stellt sich die übliche Frage nocheinmal: Was tun?

Reha Bilge

Leserbrief an eine andere Zeitung

"Pogrom" die "Zeitschrift der 'Gesellschaft für bedrohte Völker'"; erscheint seit zehn Jahren in der BRD. Zum Selbstverständnis der Mitarbeiter und der Zielsetzungen von "Pogrom" zitieren wir aus dem Vorwort des verantwortlichen Redakteurs Tilman Zülich aus der Jänner/Februar-Ausgabe 1979: "Den Hauptschwerpunkt unserer Informationsarbeit werden weiter die von Genocid oder Ethnocid bedrohten Minderheitenvölker der Dritten und Vierten Welt bilden, vor allem weiter jene, von denen sonst keiner spricht". Gerade weil "Pogrom" eine ungemein wichtige Funktion wahrnimmt, bedauern wir es, daß die Redaktion "Pogrom" den Abdruck des nachfolgenden Beitrags, der als Korrektiv zu einem Artikel über die Probleme der zypriotischen Griechen und Türken geschrieben wurde, ohne nähere Begründung abgelehnt hat.

Redaktion "offensiv links"

In der Mai-Juni Nummer 1979 von "Pogrom" ist ein Artikel von einem griechischen Autor, Christodoulos Yiallourides, erschienen, der, meiner Meinung nach, über die festgelegten Ziele von "Pogrom" hinauslief und statt einer objektiven humanitären Darstellung der Probleme der zypriotischen Türken und Griechen, die Gelegenheit für die Rechtfertigung der Staatsinteressen Griechenlands und für die Verteidigung der grossen expansionistischen griechischen "Idee" ("Megalo Idea") auszunutzen versuchte.

Als ich die Notwendigkeit spürte, darauf eine Antwort zu schreiben, um die historische Entwicklung von einem nicht-griechischen Standpunkt aus zu schildern, war mir bewußt, daß ich vor mir keine leichte Aufgabe hatte:

Erstens war der Artikel von Yiallourides im "Pogrom" so gut eingegliedert, daß jeder neutrale, gut gesinnte Mensch unabhängig von dem Inhalt des Artikels und den klugen Verzerrungen, dem Autor Recht zusprechen und Mitleid haben würde.

Zweitens, als Türke, war es mir klar, daß in einer Debatte vor der europäischen Öffentlichkeit zwischen "Griechen" und "Türken" die türkische Argumentation von vornherein zu verlieren verdammt ist, insbesondere in Deutschland, wo das verhetzte "Gastarbeiterimage" dem "Ferienparadies" Griechenland und den "christlichen" Griechen gegenübergestellt wird. Die "Türken" sind "Moslems" – es fängt schon dort an –, sie haben keine international angesehenen Kapitalisten gehabt wie Onassis und Niarchos, die die "türkische" Sache in den großen bürgerlichen Massenmedien durchsetzen konnten; die "Türken" sind Gastarbeiter, d.h. Sklaven der modernen Industriegesellschaft, die sicherlich bei den durchschnittlichen Deutschen, nach der unbewältigten NAZI-Vergangenheit, im Bewußtsein oder Unterbewußtsein ein neues Schuldgefühl entstehen lassen.

Es ist also nicht leicht, selbst für einen Autor, der nicht die offiziellen türkischen Behörden vertritt und manchmal mit ihnen in Schwierigkeiten geraten ist, gegen die griechische Argumentation

aufzutreten. . . Er wird des Nationalismus, Chauvinismus oder sonst was beschuldigt, auch wenn er seine demokratische Gesinnung im Kampf gegen den Faschismus, Rassismus u.a. bewiesen hat.

I. Bevor ich auf den Inhalt eingehe, halte ich es für interessant, einige Sätze von Yiallourides zu zitieren, die seine stilistische Manipulation ein bißchen aufzeigen. Er schreibt: "Die Briten verfolgen damit das Ziel, eine unüberbrückbare Kluft zwischen der *griechischen Bevölkerung* und dem *türkischen Element* aufzubauen. . ." Einerseits ist hier die griechische Bevölkerung, andererseits also ein Element, ein unwesentliches vielleicht, sogar fremdes, gefährliches Element für diese Bevölkerung. Ein weiteres Zitat: "So kam es im Dezember 1963 zu einem ersten Konflikt zwischen paramilitärischen griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen *extremistischen Einheiten*. An einer anderen Stelle lesen wir ähnliches: "Die griechischen Zyprioten fühlten sich von den nicht den Bevölkerungsanteilen entsprechenden Rechten der Minderheit unterdrückt und von der Türkei bedroht, die von Anfang an in Zypern einzudringen drohte und zudem nach Zypern an *extremistische* türkisch-zypriotische Organisationen illegal Waffen lieferte."

Nun, die Griechen sind also von einer "Minderheit" bedroht, weil sie eben ihre Sprache und Kultur aufrechterhält und aktiv an der Staatsverwaltung teilnimmt. Und so werden die türkischen Organisationen als "extremistische" bezeichnet, die bemüht war, gegen die "paramilitärischen" griechischen Truppen einen Widerstand zu leisten.

An einer anderen Stelle wird aber von Yiallourides unauffällig zugegeben von welcher Seite die Aggression kam: „Gegenüber der Forderung der griechischen Zyprioten nach Enosis (Anschluß Zyperns an Griechenland, R.B.) haben sich die türkischen Zyprioten, noch bis zum Beginn des Befreiungskampfes der Griechen, passiv verhalten.“ Es ist also eine wunderbare Logik – wenn nicht eine bewußte griechische Manipulation – die Menschen und Organisationen als „Extremisten“ zu bezeichnen, die gegen den Anschluß Zyperns an Griechenland kämpfen!

2. Was den Inhalt betrifft, so ist es unmöglich, die Einseitigkeit der Darstellung des Zypernproblems zu übersehen.

Das Ganze wird auf einige in den griechischen Argumentationen üblichen Behauptungen reduziert. Die „Enosis-Bewegung“, d.h. die politisch-ideologische Bewegung um den Anschluß Zyperns an Griechenland, wird als eine historisch berechnete Forderung akzeptiert, um dann wieder hypothetisch die „türkischen“ Forderungen als unberechtigt zu erklären. Es wird verschwiegen, woher die „Enosis-Idee“ stammt und was für praktische und konkrete Folgen diese sowohl für die zypriotischen Türken wie auch für die Türkei hatte und haben kann. Und dann wird die türkische Intervention als eine plötzliche Erscheinung, als die Einmischung eines „großen“ Staates in die inneren Angelegenheiten eines „kleinen“ Staates präsentiert, während über die seit 20 Jahren dauernde Präsenz Griechenlands auf der Insel nichts gesagt wird.

Im Notfall wird Makarios als ein Garant der Unabhängigkeit Zyperns vorgestellt, und die guten Beziehungen von griechischen Regierungen vor der Junta zu ihm werden als Beweis für den guten Willen Griechenlands angeführt.

So spricht auch Herr Yiallourides: „En passant muß erwähnt werden, daß die verschiedenen griechischen Regierungen bis zum Coup der Obristen (April 1967) mit der Zypriotischen Regierung harmonisch zusammengearbeitet haben, sich mit wenigen belanglosen Ausnahmen, nicht in die inneren Angelegenheiten eingemischt und das Streben Makarios', die Unabhängigkeit der Republik zu festigen, respektiert haben“.

Es stimmt schon, daß die griechischen Regierungen mit dem verstorbenen Präsidenten der zypriotischen Griechen, Makarios, harmonisch zusammengearbeitet haben. Stimmt aber auch, daß Makarios die Unabhängigkeit Zyperns bewahren wollte? Am 1. April 1960

erklärte Makarios, daß die Verträge von Zürich und London für die Gründung der unabhängigen zypriotischen Republik „nicht die vollkommene Realisierung der Hoffnungen und die Sehnsucht der griechischen Gemeinschaft bedeuten“. Die Sehnsucht der „griechischen Gemeinschaft“ war eben die „Enosis“, d.h. der Anschluß einer Insel an Griechenland, die von dessen Küsten 500 Meilen entfernt ist.

Nach Makarios sollten die Verträge über die unabhängige zypriotische Republik den Ausgangspunkt neuerer Kämpfe sein; am 27. September 1960 erklärte er in der international angesehenen amerikanischen Zeitung „New York Herald Tribune“, wortwörtlich „die Enosis-Sache ist nicht tot“.

Die „neueren Kämpfe“ fingen bald an. 1963 griffen die EOKA Terror-Truppen türkische Dörfer an. Kurz darauf erklärte Makarios am 25. März 1964, daß sein Ziel „Die Vereinigung Zyperns mit Griechenland“ sei. Und am 20. September 1964 sagte er zur „Washington Post“ folgendes: „Meinerseits wünsche ich mir etwas, das mehr Bedeutung hat als der vorläufige Präsident Zyperns zu sein; mein Ehrgeiz ist, meinen Namen in die Geschichte als Architekt von Enosis schreiben zu lassen...“.

In einer Rede am 10. Januar 1965 in Girne (Kyrenia) wiederholte er noch einmal: „Das Ziel des aktuellen Kampfes ist ENOSIS“.

Ein Jahr zuvor, am 27. August 1964 hatte derselbe Makarios in seiner Grußrede an den neuen griechischen Botschafter in Nicosia folgendes gesagt: „Es ist mein Wunsch und Bitte, daß Sie dank der schnellen Verwirklichung der Vereinigung Zyperns mit Griechenland der letzte Botschafter Griechenlands sind und die Dauer Ihrer Mission sehr kurz ist.“

Diese Beispiele würden genügen, glaube ich, um zu beweisen, warum Makarios nicht als Verteidiger der Unabhängigkeit Zyperns betrachtet werden kann, und warum er mit den griechischen Regierungen, die ebenfalls auf die Annexion Zyperns abzielten, „harmonisch“ zusammenarbeitete. Ein kleines Beispiel, ein Zitat von dem berühmten verstorbenen griechischen Politiker, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Papandreou, würde genügen, um zu verstehen, auf welcher Basis diese Zusammenarbeit sich gründete; am 27. Oktober 1964 sagte der „liberale“ Papandreou: „Zypern muß das Sprungbrett für die Realisierung der Träume Alexander des Großen auf seinem Marsch nach Osten sein.“

Aus der Rede dieses liberalen griechischen Politikers ließe sich auch schließen, daß Zypern allein nicht das einzige „griechische Ziel“ ist, sondern auch andere Gebiete, östliche Länder und Territorien. Und jedem denkenden Menschen ist es klar, war sich östlicher von Griechenland befindet. Und er fragt sich wahrscheinlich, wie die nicht-liberalen griechischen Politiker wohl denken, wenn die liberalsten, wie Papandreou, solche expansionistische Vorstellungen und Träume haben.

3. Eine einfache, leichte und wenn es erlaubt ist zu sagen, banale Erklärungsweise des Zypernproblems, ist nämlich die, daß man das ganze Geschehen nur durch die externen Faktoren, durch eine koloniale Macht zu erklären versucht, sowie es Herr Yiallourides macht. An verschiedenen Stellen sagt er, daß die zypriotisch-türkische Gemeinschaft „trotz der allgemeinen kulturellen Unterschiede sich an die griechische Bevölkerung angepaßt“ und die „sogenannte traditionelle griechisch-türkische Feindschaft auf der Insel kaum eine Rolle gespielt hätte“. Er meint, die Briten hätten das Ziel verfolgt, „eine unüberbrückbare Kluft zwischen der griechischen Bevölkerung und dem türkischen *Element* aufzubauen“.

Es stimmt schon und ist klar, daß die Briten als eine koloniale Macht alles unternommen haben, um die zypriotische anti-koloniale Bewegung zu spalten. Es stimmt auch, daß die zypriotisch-türkische Bevölkerung gegen die griechische Bevölkerung (die ich nicht als *Element* bezeichne) keine Terror-Aktionen gestartet hatte, noch sie vernichten wollte.

Es stimmt aber dann nicht mehr, wenn man die ganze Verantwortung auf die Briten schiebt und die innere Dynamik des Zypern-Problems vernachlässigt, die zum Großteil aus der expansionistischen, aggressiven Idee des „großen Griechenlands“, wie es die griechischen Politiker ausdrücken, entsteht.

Dieser Traum heißt „Megalo-Idea“ und geht auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die „Megalo-Idea“ bedeutet die Gründung eines hellenischen Reiches, das vom heutigen Griechenland bis zur Schwarzmeerküste, Istanbul und Anatolien reicht, also praktisch den Ost-Mittelmeerraum umfassen soll.

Gerade diese „Megalo-Idea“ ist der wichtige Grund für die sogenannte „türkisch-griechische Feindschaft“ und für viele katastrophale Erlebnisse beider Völker.

Die griechische Invasion von der West-Türkei nach dem ersten Weltkrieg, die eine Ausrottung der türkischen Bauern in West-Anatolien zur Folge hatte, weiters die Verbrennung vieler türkischer Dörfer, darunter auch der Stadt Izmir, durch die griechische Invasionsarmee bedeutete; und schließlich die Niederlage dieser Armee vor den Armeen der türkischen Befreiungsbewegung, müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Die Vertreibung der türkischen und jüdischen Bevölkerung von Selanik (Thessaloniki) mit Gewalt, die Zwangsauswanderung der türkischen und nicht-türkischen Moslems aus Kreta und von den anderen ägäischen Inseln waren auch Teile dieser expansionistischen-chauvinistischen „Megalo-Idea“.

Der Ausrottung, Vertreibung und Unterdrückung waren jedoch nicht nur die Türken und Moslems ausgesetzt. Albaner, Mazedonier und Bulgaren wurden auch das Ziel dieser Idee bzw. Politik. Wie Erich Rathmann in seinem Buch „Die Balkanfrage 1904–1908“¹ ganz gut schildert, mußten sich die bulgarischen Intellektuellen, die bulgarische Kirche und die bulgarische Bevölkerung vor den „griechischen Patriarchisten“ schützen und gegen den „Pan-Hellenismus“ kämpfen. Die „IMRO“, Komitee der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation, die 1893 gegründet wurde, hatte neben anderen Zielen auch das, die Rechte der mazedonischen Bevölkerung vor dem „Pan-Hellenismus“ zu bewahren. Die Albaner litten nicht nur unter der osmanischen Herrschaft, unter Korruption, sondern – besonders die heute kaum existierende albanische Minderheit in Griechenland – auch unter dem „Pan-Hellenismus“, so wie es ein albanischer Autor, Andon Zako Cajupi, leidenschaftlich ausdrückte: „Albaner? – Heute gibt es keine Albaner; der Türke und der Grieche haben uns zerstreut ... Kirche und Moschee betrügen uns. Albanien wurde zerstört“². ... Das Leiden der Albaner vor der griechischen Megalo-Idea fand natürlich kein Echo in der „europäischen“ Öffentlichkeit. Lange Zeit waren sie Moslems und das christliche Europa hatte kein Interesse daran; dann waren sie unter einem sogenannten „kommunistischen“ Regime: nun hatte das liberale Europa erst recht kein Interesse daran.

Es geschah genau dasselbe mit den Türken im griechischen West-Thrazien. Als die Moscheen in Selanik und anderen Dörfern zerstört wurden, als der Boden der türkisch-islamischen Bevölkerung beschlagnahmt wurde, als die türkisch-islamische Bevölkerung unter Zwang entweder sich griechisieren lassen oder

in die Türkei flüchten mußte, fand ihr Leiden kein Echo.

Weder das christliche Europa war bereit, sich für den Schmerz dieser „Moslems“ zu interessieren; noch das liberal-kapitalistische Europa, das ein diskreditiertes „Türken-Image“ brauchte für die eigene Rechtfertigung. Die europäische Linke war zu tief befangen in ihrem Euro-Zentrismus, der schon mit Engels begann und weiter fortbestand.

4. Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, eine sozial-ökonomische Analyse der „Megalo-Idea“ des griechischen Expansionismus zu machen. Sicher kann man dabei die Widerspiegelung gewisser Interessen finden. Sicher kann man herausbekommen, welche Klassen davon am meisten profitiert haben und profitieren wollen. Traurig ist aber, daß auch der junge Papandreou des „griechischen Sozialismus“ ähnliche chauvinistische Züge trägt wie sein Vater, der liberale Papandreou. Und es ist sicher kein Zufall, daß seine Partei nicht „Griechische Sozialistische Partei“ sondern die „Pan-Hellenische Sozialistische Partei“ heißt und er als „Pan-Hellenischer Sozialistischer“ Führer die anti-türkische Propaganda zur Grundlage seiner Politik macht.

5. Um das Zypernproblem richtig zu verstehen, muß man also neben dem nicht zu leugnenden Faktor des britisch-amerikanischen Imperialismus, auch den in Griechenland fest verankerten „Pan-Hellenismus“ in Betracht ziehen.

Der blutige Praktiker dieser Politik auf der Insel war die EOKA-Organisation, die von gewissen griechischen Autoren, wie Herrn Yiallourides, als eine antikonoloniale Organisation dargestellt wird. Die EOKA stellte sich die Aufgabe, durch einzelne Mordanschläge bzw. durch Massenermordungen die türkische Bevölkerung Zyperns zu vernichten.

Schon eine Erklärung dieser Terror-Organisation am 1. April 1955 forderte „Enosis“ und behauptete, die Vernichtung der Türken sei notwendig, um dieses Ziel zu erreichen. Makarios dagegen, der eine schrittweise Realisierung von Enosis für richtig hielt, versuchte eine vorzeitige EOKA-Aktion zu bremsen. Später aber, nachdem er selbst den internationalen Vertrag über die Gründung des zypriotischen Staates unterschrieben hatte, begann er eine langfristige Strategie anzuwenden. Sein erster Schritt war die „Unfähigkeit der zypriotischen Verfassung“ zu propagieren.

Bei seinem Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara, am 22. November 1962, wiederholte er seine Behauptung und forderte Verfassungsänderungen.

Einige Monate später erklärte er (am 11. Februar 1963), daß er die Beschlüsse des zypriotischen Verfassungsgerichtshofs nicht anerkennen würde, und zwang den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Prof. Fortshoff, zum Rücktritt. Griechenland forderte im selben Jahr, an der Londoner Konferenz, die Annulierung der Verträge über Zypern. Das war das grüne Licht für die ersten Terrormaßnahmen gegen die türkische Bevölkerung Zyperns. Gleich darauf begannen die EOKA-Truppen, die türkischen Siedlungen anzugreifen.

Der systematische Terror wiederholte sich mehrere Male, um 1964 und 1967 ihren Höhepunkt zu erreichen. Die Gespräche im September 1967 zwischen dem türkischen Premier Demirel und dem Premier der griechischen Junta waren ohne Ergebnis. Obwohl Demirel sich mit einem 15% Territorial-Anteil für die zypriotischen Türken zufrieden gab, beharrte die Junta auf unmittelbarem Anschluß Zyperns an Griechenland. Der EOKA-Führer Grivas nahm seine Angriffe wieder auf, die beinahe eine türkische Intervention verursacht hätten. Die USA übernahm noch einmal die Vermittlerrolle und schickten Cyrus Vance nach Athen und Ankara. Es gelang ihm, die griechische Regierung zu überzeugen, die auf Zypern stationierten 20.000 griechischen Soldaten zurückzuziehen, was dann nur zum Teil verwirklicht wurde.

Weder der Putsch von Nicos Sampson am 15. Juli 1974, noch die Intervention der darauf reagierenden Türkei sind also plötzliche Erscheinungen.

Nicos Sampson war kein Irrer, wie es viele griechische Autoren gerne sagen, sondern Produkt einer langen Entwicklung und des expansionistischen griechischen Traums. Die massenhafte Vernichtung der türkischen Bevölkerung im Jahre 1974 war nicht ein Zufall oder eine bloße imperialistische Verschwörung, sondern letztes Glied einer Kette von Ausrottung des türkischen „Elementes“ – wie es Herr Yiallourides sagen würde – zuerst in Kreta, dann in West-Thrazien und Selanik nach dem Balkankrieg, dann nach dem ersten Weltkrieg, in der Westtürkei während der Okkupation; dann wieder Unterdrückung und Zwangsimmigration der türkischen Bevölkerung von West-Thrazien Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre.

6. „Die Verfassung enthielt Verfassungsklauseln und desintegrative Elemente, die die Lebensfähigkeit des neuen Staates weiterhin begrenzten, z.B. daß der Präsident Grieche sein mußte und der Vize-Präsident Türke“ . . . „Die grie-

chischen Zyprioten fühlten sich von den nicht den Bevölkerungsanteilen entsprechenden Rechten der Minderheit unterdrückt“ sagt Herr Yiallourides (ich überlasse es der „Pogrom“Redaktion, noch einmal zu überlegen, ob sie für die Rechte der Mehrheiten oder Minderheiten eintritt) – der dann weiter unten vom Minderheitenschutz spricht und zugleich die griechischen Staatsinteressen geschickt verteidigt.

Er hat es leicht. Er bewegt sich auf eigenem Boden; auf dem Boden der „europäischen Zivilisation“, welche die türkische Sünde, bis nach Wien gekommen zu sein, nie verzeihen wird; die türkische Sünde des „Gastarbeiter“-seins im Lande der unbewältigten Vergangenheiten; die vielleicht nur dann vorübergehend vergessen wird, wenn eben diese „Zivilisation“ für ihre eigene Verteidi-

gung billige Nato-Soldaten braucht.

7. Das Zypernproblem ist nicht das einzige Problem zwischen Griechenland und Türkei. Es gibt das Problem der türkischen Minderheit in West-Thrazien. Es gibt das Ägäis-Problem der Territorialgewässer und des Festlandsockels, die alle zwischen beiden Ländern und Völkern friedlich gelöst werden müssen.

Dafür aber glaube ich sind zwei Bedingungen sehr wichtig.

a. Erstens, daß die griechischen Politiker, u.a. auf den Traum von „Megalo-Idea“, auf den Traum, eines Tages Istanbul, Izmir, die West-Türkei zu erobern, verzichten.

b. Und zweitens, daß sie sich daran gewöhnen, statt der Türkei stets mit den Sympathien der westeuropäischen Öffentlichkeit zu drohen, direkt mit ihr zu verhandeln.

Erst dann kann zwischen der Türkei und Griechenland die Basis eines menschlichen Konsens geschaffen werden. Erst dann kann dieser oder jener imperialistische Staat, diese oder jene imperialistische Provokation, besser bekämpft werden. Erst dann kann für die jeweiligen Minderheiten in beiden Ländern ein besseres Leben erhofft werden, und über die Details und menschlichen Probleme einer föderativen, aus gleichberechtigten Volksgruppen bestehenden zypriotischen Republik mit gegenseitigem Vertrauen diskutiert werden.

Reha Bilge

¹ Erich Rathmann, *Die Balkanfrage 1904-1908*, Halle, 1932.

² Klaus Lange, *Grundzüge der albanischen Politik*, München, 1973.



Am 18./19./20. Jänner 1980 findet der 3. Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus statt. Es wäre der 13. der Freien Österreichischen Jugend. Vor zehn Jahren sind wir von der KPÖ geschieden. Wegen Prag 68 und Folgen. (Heute wäre Afghanistan genauso ein Grund.) Die KPÖ ist in den zehn Jahren bis aufs Skelett (politisch) abgemagert. Wir haben dagegen ein wenig Fett angesetzt. Es fehlt uns an Bewegung. Es fehlen uns Mitstreiter, die ein schärferes Tempo vorlegen können. Also: mach mit! Wir sind gerade dabei, uns neue Ziele zu setzen. Für Naturalismus-Sozialismus-Humanismus. Damit wir nicht im Museum für (Natur)Geschichte landen.

